

ISLAM

8 BAUSTEINE FÜR DAS VERSTÄNDNIS

Eine erkenntnisleitendes Dossier für den AK Säkulare Grüne
Von Michael Körner, KV Ettlingen (BaWü) - Dez. 2013

BAUSTEIN 1: Vorwort und Einleitung

Motto: Wer aber über den Islam nicht reden will, sollte auch vom Kopftuch schweigen¹.

VORWORT

Der hier vorgelegte und kommentierte Reader zum Islam, zur Scharia und zum Kopftuch, zu Positionen der Grünen hierzu, zu der Tendenz des Werterelativismus und zur Scheu vor einer Kritik am Multi-Kulti-Modell soll eine Grundlage bilden für die Diskussion in unserem AK zu diesen Themen. Im Schlusskapitel werden Vorschläge für die weitere Arbeit des AK unterbreitet.

EINLEITUNG

“Ich will nicht zum tausendsten Mal erklären, wie umstritten das Kopftuch auch unter Muslimen und Musliminnen ist. Ich will nicht zum tausendsten Mal Suren zitieren und erklären, wozu das Kopftuch im 7. Jahrhundert diente. Und ich bin es leid, immer wieder zu erklären, dass das Kopftuch nicht aus Gottgefälligkeit, sondern dem Mann zum Gefallen getragen wird. Einer ganz besonderen Sorte von Männern. Männer, die ihre Triebe angeblich nicht kontrollieren können. Männer, die beim Anblick von weiblichem Haupthaar vom rechten Weg abkommen und sich nicht mehr auf das Gebet konzentrieren können. Sie sollen geschützt werden vor dem Sex-Appeal der ewigen Verführerinnen. Ich will endlich darüber sprechen, welche Spannungen und welche Kluft das Kopftuch in unserer Gesellschaft schafft! Und ich will darüber reden, wie das Kopftuch an Schulen zu einer Waffe der angeblich reinen, anständigen Muslime geworden ist“ (Seyran Ates in Emma 5/2009).

Trotz der Jahre zurückliegenden Sätze von Seyran Ates über das Kopftuch (KT) ist dieses noch immer ein Objekt der Unstimmigkeit. Auf der VV in Frankfurt 2013 des Bundesweiten Arbeitskreises säkulare Grüne ging es um einen zu fassenden Beschluss gegen die Erlaubnis für Lehrerinnen in Niedersachsen, während der Unterrichtszeit ein KT tragen dürfen wie es in Niedersachsen vorgesehen ist.. Die Versammlung sah sich nicht imstande, ohne Diskussion hierzu ein Votum abzugeben, was aufgrund der Zeitknappheit nicht mehr möglich war. Obschon in unserem Grundsatzprogramm steht: *„Klärungs- bzw Änderungsbedarf“ sehen wir im Hinblick auf “die umstrittene Präsenz religiöser Symbole in staatlichen bzw. kommunalen Einrichtungen, sowohl in den Räumen als auch am Körper all jener Personen, zu deren Pflichten es gehört, sich in solchen Einrichtungen in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben aufzuhalten (inkl. Schülerinnen und Schüler)“*, erscheint es notwendig, dass die mit dem Tragen des KT verbundene Problematik erneut diskutiert werden sollte.

¹ Nach dem bekannten Zitat von Max Horkheimer in „Die Juden und Europa“, zit. nach der WP: *“Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“*

Baustein 2: Was ist der Islam?

“Der Islam in seiner ausschlaggebenden orthodoxen Grundgestalt verkörpert eine grund- und menschenrechtswidrige Weltanschauung, die zu den elementaren Prinzipien der kulturellen Moderne in einem Gegen- und Ausschließungsverhältnis steht “(**Hartmut Krauss** in citizen times, 02.06.2013).“

Ziel dieses Bausteins - wie auch der anderen - ist die Sensibilisierung unseres AK für Aspekte des Islam, die in grünen Kreisen gerne beschwiegen werden. Die Textstellen dienen auch als Grundlage für eine kritische Auseinandersetzung mit dem KT.

Richard D. Prechts Buch “Wer bin ich und wenn ja, wie viele“ könnte auch auf die diskursiven Schwierigkeiten im Umgang mit dem Islam angewendet werden: Was ist der Islam und wenn ja, wie viele? In der Tat schwanken die Statements zwischen zwei völlig entgegengesetzten Aussagen: “Der Islam ist Friede“ vs. „den Islam gibt es nicht“. Dass Islam Friede, Hingabe und Ergebung bedeute, wird häufig von Vertreter_innen der Islamverbände postuliert. “Und für mich ist das Wesen des Islams friedlich “ (Taz 1.6.10, Interview mit **Sawsan Chebli**, Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten beim Berliner Innensenator). Die richtige Übersetzung aber lautet „Unterwerfung“, im Sinne von: „völlige Hingabe an Gott“, „Auslieferung an seinen Willen“ und beinhaltet die Aufforderung zur Anstrengung (*djihad*) zu einem gottergebenen Leben. Zusätzlich bedeutet das Wort "Friede" im Islam nichts anderes als die Ausweitung des *Dar al-Islam* (Gebiete unter muslimischer Herrschaft) auf die gesamte Welt – erst dann kann wahrer Friede herrschen. Zum Bild des gottesfürchtigen Moslems passt die Übersetzung von Moschee als einem Ort des Sichniederwerfens.

Zur zweiten Aussage, es gäbe den Islam nicht, hat **Dr. Rita Breuer** scherzhaft bemerkt, sie könne sich “nicht vorstellen, dass ich mich seit 30 Jahren mit etwas beschäftige, das es gar nicht gibt“ (**Rita Breuer** in ihrem Beitrag zum Islam-Diskurs, Berlin-Friedenau 17.09.2013). Ihre Definition von Islam unterläuft diese Falle und wird zugleich den unterschiedlichen Ausformungen des Islam gerecht. “Es gibt aber keine Instanz, die objektiv und für alle verbindlich vorgeben könnte, was der wahre Islam ist, es gibt sie nicht innerhalb des Islams und schon gar nicht außerhalb. Jeder hat das Recht auf seine persönliche Meinung über den wahren Islam und die wahre Art den Glauben zu verstehen und zu leben, aber er sollte eben auch wissen, dass es seine persönliche Meinung ist, die als solche zu kennzeichnen ist und nicht automatisch für alle gilt. Viele erliegen hingegen der Versuchung, alles was ihnen positiv erscheint als Islam zu definieren und alles andere als Islamismus... Der Islam ist auf der theoretischen Ebene eine im 7. Jahrhundert nach Christus entstandene monotheistische Weltreligion, die sich als die letzte und erhabenste Offenbarung Gottes an die Menschen versteht. Der Islam ist auf der praktischen Ebene von den vielfältigsten Auslegungen und Erscheinungsformen gekennzeichnet, die sich auf ihre jeweilige Art auf den Islam berufen und damit alle (real existierender) Islam sind (diesl.).“ Dieser eher neutralen und wertfreien Definition stehen einige kritische Definitionen gegenüber (vgl. unten). Die Weigerung, von **dem** Islam zu reden, erweist sich nämlich als Schutzbehauptung. Vorkommnisse wie Selbstmordattentaten oder Überfällen auf Künstler, die von Muslimen begangen werden, werden von islamischen Verbandsvertretern abgetan: dies habe „mit dem Islam nichts zu tun“ – obgleich die Täter sich selbst als islamtreue Gläubige verstehen. Der Frage nach **dem** Islam geht auch **Hamed Abdel-Samad** nach und sieht bei allen unterschiedlichen Ausformungen doch **den** Islam. “Natürlich gibt es Unterschiede. Aber wenn es Muslimen um die Einführung von Islamunterricht an europäischen Schulen geht oder wenn sie für eine islamische Organisation den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts beantragen, dann ist immer die Rede von einem Islam. Kaum attackiert jemand den Glauben, greifen sie zu einem

Taschenspielertrick, um die Kritik abzuwürgen, und fragen scheinheilig: Von welchem Islam ist die Rede "(SPIEGEL ONLINE 13. September 2010).

Auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft machen sich die verschiedenen Glaubensrichtungen die Legitimation, im Namen des Islam zu sprechen, streitig. Der "Islamischen Charta des Zentralrats der Muslime in Deutschland" vom 20.02.2002 wird z.B. vom Islamischen Zentrum in München ein für den Islam und die Moslems repräsentativer Charakter abgesprochen (vgl. hierzu **Rudolf Brunner**, „Die Islamische Charta“ in: Aus Politik und Zeitgeschehen 20/2005). Unabhängig von diesen Differenzen vertritt die islamische Religion (im Folgenden: iR) wie jede monotheistische Religion einen Absolutheitsanspruch. Ihr ist *„ein messianisches und aktivistisches Material eigen. Dessen Explosionskraft reicht weit über die Lehren der Religionen im engeren Sinn hinaus. Dieses Exzesshafte, der Antriebsüberschuss und die Überreaktion verweisen auf eine immense Triebdynamik. Sie agiert die Anrufung Gottes auf eine schwer kontrollierbare Weise aus“* (**H.J. Heinrichs** in einer Besprechung des Buches "Gottes Eifer" von **Peter Sloterdijk** in Die Welt 6.10.2013).

Im Vergleich zum Judentum und Christentum fallen einige Besonderheiten des Islam auf. Er ist eine Gesetzesreligion. *„Nicht das Gewissen (Christentum) oder das Gesetz (Judentum), sondern schariatistische Regeln bestimmen, was als richtig und falsch, erlaubt und verboten zu betrachten ist, wodurch das moralische Handeln vom gesetzlichen Handeln untrennbar ist“* (**Ralph Ghadban**, Islam und säkularer Staat, LZT, Erfurt 27.09.06). Ein bedeutender Unterschied liegt auch in der Verknüpfung von Religion und Politik. *„In seinem Wesen ist der Islam eine politische Theologie“* (**Josef Ludin** Die Welt 2.5.2011).

Eine weitere Besonderheit ist historischen Ursprungs. Der Islam zieht seine Überlegenheit gegenüber Juden- und Christentum aus der Tatsache, dass er die letzte der abrahamitischen Religionen ist. Diese *„Spätankunft ist seine wertvollste spirituelle Chance, da er für sich den Vorzug in Anspruch nimmt, die vermeintlichen und wirklichen Irrwege der beiden Vorgängermonotheismen zu überblicken und zu korrigieren“* (**Peter Sloterdijk** a.a.O.). Diese Selbstzuschreibung erklärt vielleicht einige Probleme, die gläubige Muslime mit der westlichen Gesellschaftsordnung haben, wenn sie sich mit der Praxis der Anhänger_innen des christlichen Glaubens vergleichen.

Aus dieser Besonderheit resultiert eine weitere, die den Islam und die von ihm geprägten Staaten in ihrer Entwicklung haben erstarren lassen. **Dan Diner** bezeichnet diesen Sachverhalt als *„versiegelte Zeit“* (**Dan Diner**, "Versiegelte Zeit – Über den Stillstand in der islamischen Welt", Berlin 2007). Auf der ganz praktischen Ebene sieht **Kocak** eine weitere Ursache für die Rückständigkeit der islamischen Welt. *„Auch dass das fünfmalige Beten täglich einen riesigen Zeitaufwand bedeutet, ist ein Aspekt, der nur aus der Innensicht möglich ist. Solche Regelungen macht er verantwortlich für die „Lähmung der islamischen Welt“ durch die Religion. Islamische Gebiete gehörten zu den ärmsten Weltgegenden, mit nur vermeintlicher Ausnahme der Golfstaaten, die ohne westliches Know-how gar nicht überlebensfähig seien“* (**Markus Groß** in einer Rezension zu **Hüseyin Koçak**, Projekt Euro-Islam, Frankfurt 2010).

Während nämlich Christentum und Judentum im Laufe der Jahrhunderte mehr oder weniger zwangssäkularisiert wurden und die Ideen der Aufklärung und des Humanismus zumindest akzeptierten, unterblieb im Islam diese Entwicklung, weshalb **Sloterdijk** von einer *„hochgradig thymotisch (Affekte des Zorns, der Wut, des Stolzes betreffend; M.K.) geprägten Kultur der islamischen Länder, auf denen der Schleier des Zorns liegt“* (ebda.) spricht. Was der Islam auf der religiösen Seite für sich positiv verbucht, hat zugleich zu seiner Rückständigkeit in zahlreichen vom Islam geprägten Staaten geführt. Dies betrifft sowohl die Ebene der Demokratie als auch die staatlich-gesellschaftliche Ebene. *„Der Islam ist eine Religion, die weder Reformation noch Aufklärung kennt, deshalb auch keinen säkularen und laizistischen Staat, keine religionsneutrale*

*Demokratie, keine offene Gesellschaft. Nirgends in der islamisch beherrschten Welt konnten sich die freiheitlichen Grundwerte durchsetzen“ (Frank A. Meyer: „Über den Islam als Gegnerschaft Blick 22.09.2012). In der Debatte um die Kritik an den Islamkritikern hat **Reinhard Mohr** auf die „versiegelte Zeit“ in islamischen Ländern verwiesen und dabei herausgestellt, dass dieser Aspekt von den Verteidigern des Islam im Vergleich zum Christentum unterschlagen wird. *“Anders als das Christentum, dessen aggressives Wüten seit der Französischen Revolution gebändigt werden konnte, kennt der Islam bis heute keine echte Aufklärung, keine wirkliche Trennung von Religion, Staat und Gesellschaft, keine unveräußerlichen Rechte des frei geborenen Individuums, schon gar nicht von Mädchen und Frauen, ob mit oder ohne Kopftuch“ (Reinhard Mohr, Debatte über Islamophobie, Spiegel Online, 15.01.2010). Diese Entwicklung des Christentums im Gegensatz zum Islam streicht auch **Ralph Ghadban** heraus. Während Christentum und Judentum ihren Frieden mit dem demokratischen Gesellschaftsmodell des Westens geschlossen haben – *“Die Christen haben sich mit dem säkularen Staat längst abgefunden, die Katholiken spätestens seit Vatikan II (1964). Dort heißt es u.a.: 'Für die katholische Morallehre ist die Laizität, verstanden als Autonomie der zivilen und politischen Sphäre gegenüber der religiösen und kirchlichen - aber nicht gegenüber der moralischen Sphäre -, ein von der Kirche akzeptierter und anerkannter Wert, der zu den Errungenschaften der Zivilisation gehört“ (Ralph Ghadban a.a.O.) – ordnet der Islam die Grundrechte und die allgemeinen Menschenrechte seinen Glaubensinhalten unter (vgl. unten OIC). Als eine Religion, die minutiös in den Alltag ihrer Anhängerschaft eingreift (vgl. Baustein 3), vertritt der Islam ein ihm gemäßes Staats- und Gesellschaftsmodell, aus dem heraus auch das hierzu passende Familien- und Frauenbild abgeleitet wird (vgl. Baustein 4).***

Bassam Tibi hat in einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel *“Zu viel Poesie – zu wenig Selbstkritik“* auf die politischen, kulturellen und rechtlichen Folgen dieses Selbstverständnisses des Islam hingewiesen. Er zitiert Berichte arabischer Autoren für die Entwicklungsbehörde der VNUNDP über arabische Staaten, wonach diese durch *“das Fehlen von Menschenrechten und Demokratie, durch wirtschaftliche Regression und kulturellen Rückschritt sowie miserable Versorgung der Bevölkerung mit Medizin, Bildung, Nahrung und Wohnungen gekennzeichnet sind... Arabische Gesellschaften bilden heute den ignorantesten Teil der Welt.“* Das von Mohammed geforderte Streben nach Wissen *“hat heute für die rund 300 Millionen Araber keine Gültigkeit, sind unter ihnen doch rund zwei Drittel Analphabeten (und zwei Drittel davon Frauen). Diejenigen, die Arabisch lesen können, haben keinen Zugang zum Wissen außerhalb ihrer Region“* (DIE ZEIT, 49/2004; **Bassam Tibi**, geboren 1944 in Damaskus, gehörte zu den Autoren der arabischen Linken. Tibi lehrt an den Universitäten Göttingen, Cornell und Harvard).

Ebenfalls kennzeichnend für den Islam ist sein Selbstverständnis von der Untrennbarkeit von Staat und Religion, die tief in den Alltag eingreift. In diesem Sinn bildet der Islam eine Konglomerat von Religion, Tradition und gesellschaftlichem System mit detaillierten Regelungen für Kleidung, Speisen, Festlichkeiten, für das Verhältnis von Mann und Frau usw. *“Nach seinem eigenen Verständnis ist der Islam gleichzeitig Religion und Staat. Er erhebt den Anspruch, die Verhältnisse im Diesseits und Jenseits zu regeln. Im Christentum dagegen ist das Reich Gottes nicht von dieser Welt (Johannes 18,36). Deshalb regelt das Christentum den Umgang der Menschen miteinander nicht. Es liefert nur moralische Werte, die zu befolgen sind, aber urteilt nicht über ihre Umsetzung. Das bleibt nur Gott überlassen“ (Ralph Ghadban (a.a.O.). In diesem Ineinander von Glaube und Tradition *“ist... bei der Bedeutung des Kopftuchs der politische Bereich vom religiösen nicht ohne weiteres zu trennen“ (Christine Schirmacher, Islam in Europa als Herausforderung, 29.05.2008).**

Serap Cileli weist ebenfalls auf diese Verquickung hin und sieht im Zusammenhang mit der Diskussion, ob der Islam zu Deutschland gehöre sowie den Forderungen nach Einführung eines islamischen Religionsunterrichts einen „Denkfehler“: *“Der gravierende Denkfehler hinter diesen Forderungen und Prämissen ist aber, dass sie (i.e. die staatlich-politischen Verhandlungspartner*

der islamischen Verbände in Deutschland. M.K.) *'den Islam' nur als Religion für den Privatgebrauch sehen. Dies ist falsch. Der Islam will die Lebensführung der Menschen bestimmen*“ (**Serap Cileli**, pro: Christliches Medienmagazin 9.5.11).

Auch **Abdel-Samad** greift diese Doppelgesichtigkeit des Islam auf. Als Kenner der Materie – *“Mein Vorteil war, dass ich den Koran auswendig kannte, mein Vater war Imam in Gizeh. Es kann mir so schnell keiner irgendetwas erzählen über den Koran“* – würde **Abdel-Samad** den Islam gern auf seine eigentlichen religiösen Inhalte reduzieren und den politisch-gesellschaftlichen Teil über Bord werfen, weil er mit westlichen Gesellschaftsordnungen nicht kompatibel ist. *“Der Islam hat eine spirituelle Seite, die zeitlos ist und heute noch Geltung hat. Diese ist wohl mit dem säkularen Staat und mit der Verfassung vereinbar, weil sie keine politischen Ansprüche erhebt. Die weltlich-juristische Seite allerdings hat im 21. Jahrhundert nichts zu suchen“* (**Hamed Abdel-Samad** in: Die Weltwoche, 11.05.2010, Ausgabe 19/10).

Diesen Allmachtsanspruch des Islam beklagt ebenfalls der in der Schweiz praktizierende afghanischstämmige Psychoanalytiker **Josef Ludin**, indem er dem Islam vorwirft, dass er über seine religiösen Gehalte hinaus einen auf die *“Zivilisation“* übergreifenden Anspruch erhebt. *“Wir müssen zwischen dem Islam als Religion und dem Islam als Zivilisation klar unterscheiden. Der Islam begnügt sich nicht damit, Glaubensbekenntnis zu sein, sondern bedroht die säkulare europäische Zivilisation mit einem imaginären Gegenentwurf“* (**Josef Ludin**, Die Welt, 02.05.2011).

Eine weitere Besonderheit des Islam im Unterschied zum Judentum und Christentum liegt auf der organisatorischen Ebene. Die Ursache hierfür liegt erneut in der oben beschriebenen Untrennbarkeit von Staat und Religion. Dadurch gab es nie die Notwendigkeit, eine kirchenähnliche Institution zu schaffen. Die Grundlage zur Regelung des privaten, sozialen und politischen Lebens ist die Scharia. *“Der Islam versteht sich nicht als organisierte Religionsgemeinschaft, sondern als innere Haltung. Deshalb hat sich in Deutschland nie ein echtes Repräsentativorgan entwickelt“* (**Michael Germann** in **Beck**, Rechtliche Gleichstellung des Islam in Deutschland, 26.09.2006). Hieraus resultieren u.a. die Schwierigkeiten bei der religiösen Integration der Muslim_innen, weil es bis auf die völlig unrepräsentativen islamischen Verbände (vgl. Baustein 8) keinen Ansprechpartner zwischen ihnen und dem Staat gibt. *“Im Gegensatz zu den traditionellen Großkirchen verfügt der Islam in Deutschland über keinerlei feste Strukturen. Es gibt zwar eine Vielzahl loser Dachverbände, Koranschulen und Gemeinden. Doch ein zentrales Gremium, das mit religiösen Amtsträgern besetzt ist, existiert nicht“* (**Bodo Pieroth** in Focus 07.10.2010). Auf den gleichen Sachverhalt verweist **Ibn Warraq**, der in diesem Mangel an institutionellem Gefüge auch die Schwierigkeiten in der Interpretation des Koran und der Hadithen sieht. Der Islam *“kennt, wie etwa die Juden auch, keine Kirche, somit auch keine verbindlichen zentralen Institutionen, die religiöse Streitfragen in letzter Instanz beantworten können“* (**Ibn Warraq** spon 12.8.07).

Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt bei der Charakterisierung des Islam – und damit für die Arbeit des AK wichtig – ist seine Verwobenheit mit dem Islamismus. Hierfür hat **Breuer** eine ziemlich wertneutrale Definition gegeben: *“Mit Islamismus werden aus subjektiver Perspektive Personen, Organisationen und Strömungen bezeichnet, die eine Auslegung des Islams vornehmen und praktizieren, die der Werthaltung des Betrachters widerspricht; das können Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sein, aber grundsätzlich auch andere Bezugssysteme sein“* (**Breuer**, a.a.O.). Weit aus kritischer sehen einige *“aufgeklärte“* Muslime selbst den Zusammenhang zwischen Islam und Islamismus. Der algerische Autor und Friedenspreisträger **Boulem Sansal** sieht in der Ausdehnung des Islam nach Europa eine direkte Entwicklung hin zum Islamismus. *“Weil der Islam nicht vorankommt, verwandelt er sich in Islamismus... Ja, der*

*Islamismus geht aus dem Islam hervor“ (Interview DW 4.11.2013 mit **Boulem Sansal**). Ebenso diagnostiziert **Abdelwahab Meddeb** einen systematischen Zusammenhang zwischen Islam und Islamismus und beklagt die Überlagerung von ersterem mit letzterem. *“Die Keime des Islamismus sind bereits im koranischen Text vorhanden. Der offizielle Islam... wird heute... von islamistischem Gedankengut durchsetzt und vergiftet“ (Abdelwahab Meddeb NZZ 2.4.07). Ganz ähnlich sieht dies der Orientalist **Raddatz**, für den ebenfalls der Islamismus aus dem Islam zwangsläufig hervorgeht: *“Die historische Praxis sagt aber eher, dass es den Islamismus ohne Islam nicht gibt, dass beide ursächlich verknüpft sind. Die Islamisten beziehen sich auf dieselben Wurzeln wie ihre weniger radikalen Glaubensgenossen: auf den Koran und die Prophetentradition“ (H.-P. Raddatz a.a.O.). Noch direkter wird **Tibi**, der die *“Islamisierung“* ebenso kritisiert wie deren Nichtvereinbarkeit mit der westlichen Welt: *“Die Islamisierung der Welt ist ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung, die weder mit dem Kultur- noch mit dem Religionspluralismus westlicher Gesellschaften vereinbar (ist), und wirkt daher im heutigen Europa wie ein Fremdkörper“ (Bassam Tibi in: Die Zeit 31.05.2002). **Tibi** misstraut in Sachen Euro-Islam den islamischen Verbandvertretern, die sich einer den Moslems für eine bestimmte Konstellation erlaubten Lüge bedienen. *“Neuerdings sprechen selbst Funktionäre des Zentralrates von einem "europäischen Islam" und geben Bekenntnisse zum Grundgesetz ab. Doch verstehen sie darunter dasselbe wie das von mir vertretene Konzept eines "Euroislam", das heißt: eines mit der zivilisatorischen Identität Europas versöhnten Islam? Ist ihr Bekenntnis zu Demokratie und religiösem Pluralismus aufrichtig oder bloß Iham, also bewusste Täuschung der Ungläubigen, die nach dem Koran ausdrücklich erlaubt ist?“ (ebda.).*****

Zu einem vergleichbaren Ergebnis gelangt **Klemens Ludwig**. Er sieht in der Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus eine ideologisch verbrämte Sprachregelung, die gewalttätigen Aktionen einfach ihren religiösen Charakter absprechen, sodass der Islam mit sich im Reinen bleiben kann: *“Die Exklusivität nährt den Verdacht, dass die Differenzierung ideologischer Natur ist. Wenn das gewaltbereite Potenzial semantisch ausgegrenzt wird, hat es mit der Religion nichts mehr zu tun. Es gibt inzwischen sogar besonders eifrige Sympathisanten des Islam, die noch nicht einmal das Etikett "islamistisch“ akzeptieren. So erklärte der Präsident der Jesuiten-Hochschule für Philosophie in München, Prof. Michael Bordt SJ in einem Radio-Interview: *“Es ist unverantwortlich, arabische Terroristen als Islamisten zu bezeichnen, weil damit der Islam, eine im Kern friedliche Religion, unter Generalverdacht gestellt wird“ (Klemens Ludwig, Nur der Islam hat seine eigene Phobie, in: Die Welt 09.05.2011).**

Schließlich sei noch auf die perspektivischen Möglichkeiten eines Euro-Islam hingewiesen, der für die Diskussion im AK relevant sein könnte. Skeptisch äußert sich **Tibi** selbst, der den Begriff „Euro-Islam“ in die Debatte eingeführt hat, zu einem solchen Projekt: *“Den Religionswandel des Christentums in Richtung einer Privatisierung der Religion als Folge der Moderne, d. h. die Säkularisierung, lassen selbst liberale Muslime für den Islam nicht zu“ (Bassam Tibi 1996 in: Der wahre Imam. Der Islam von Mohammed bis zur Gegenwart. S. 231). Etwas positiver beurteilt **Ibn Warraq** einen möglichen Wandel des Islam: *“So, wie die Bibelkritik die europäische Aufklärung einleitete, kann nur die Korankritik, die bisher so weit hinterherhinkt, zu einer islamischen Aufklärung führen“ (Ibn Warraq: http://www.welt.de/die_welt/debatte/article_6777055/Lust-auf-Scharia.html). Eine ähnliche Hoffnung hegt **Sansal** im Hinblick auf die Entwicklung von Demokratie und Islam in den arabischen Staaten: *“In den muslimischen Ländern müssen Demokraten für die Demokratie kämpfen. Und Muslime für den Islam. Sie müssen ihn den Islamisten wegnehmen“ (Sansal, a.a.O.). Die einzige Möglichkeit, zu einer „Reformation zum Euro-Islam“ zu kommen, sieht **Kocak** in der *„Amputation der Scharia-Gesetze und Adaptation der europäischen Werte“ (Kojak a.a.O.). Aber seine Prognose klingt eher düster: „Euroislamismus statt Euroislam – die Quittung für multikulturalistische Ignoranz“ heißt die betreffende Überschrift in seinem Buch.****

Zum Schluss dieses Bausteins noch eine Fundamentalkritik am Islam von **Hartmut Krauss**. Trotz deren Rigorismus wäre es wünschenswert, wenn gerade sie in die Überlegungen um ein Verbot des

KT für Lehrerinnen und Schülerinnen einfließen würde. In seinem Buch "Feindbild Islamkritik" beschreibt er die Wesensmerkmale des Islam: *"Aus kritisch gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive lässt sich der Islam als die kulturell-normative ‚Programmiersprache‘ bzw. ‚Grammatik‘ eines spezifischen Herrschaftssystems begreifen. Dabei bilden der Koran, die Hadithsammlung, die Scharia (in Form von vier Rechtsschulen) sowie die dominanten Auslegungsdogmen der Religionsgelehrten die objektiven Grundquellen dieses herrschaftskulturellen Programmiersystems. Das Grundprinzip des orthodoxen Islam besteht darin, dass er soweit wie möglich eine vormodern-frühmittelalterliche Sozial- und Moralordnung als ewig und absolut verbindliches, göttlich sanktioniertes Konzept fixiert und überhöht /sakralisiert. Auch damit erweist er sich als eine sämtliche Lebensbereiche umfassende Weltanschauung, politische Doktrin und Herrschaftsideologie, die in dieser Grundgestalt nicht im Entferntesten den Charakter einer lediglich auf spirituelle Innerlichkeit ausgerichteten und subjektiv beliebig deutbaren Privatreligion besitzt"* (**Hartmut Krauss**, Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden. Osnabrück 2010, S.70-78)."

Baustein 3: Scharia

“Die Scharia steht in jeder Hinsicht nicht mit dem Grundgesetz im Einklang “(Aydin Findikçi in Die Welt 31.12.20).

Im Mittelpunkt des Bausteins steht die Unvereinbarkeit zwischen den Menschenrechten und der Scharia.

Ähnlich wie die Diskussion um die Frage, ob es **den** Islam gebe, tobt auch ein heftiger Streit um den Begriff der Scharia. Für den Islam ist die Scharia schlechthin der Dreh- und Angelpunkt für die Gestaltung des alltäglichen Lebens. In ihm ist die Essenz des islamischen Glaubens enthalten. Nicht zufällig haben die islamischen Verbände bisher nie dezidiert der Scharia in bestehenden oder zu schließenden Staatsverträgen eine klare Absage erteilt, was von **Aydin Findikçi** vehement gefordert wird: *“Aus diesem Grund ist es angebracht, von Imamen, Verbänden und ihren Funktionären, die in Deutschland von der Politik als Ansprechpartner behandelt werden, den Verzicht auf die Scharia einzufordern, wenn sie sich nicht freiwillig von der Scharia distanzieren wollen“* (**Dr. Aydin Findikçi** ist Lehrer und Lehrbeauftragter für Soziologie an der LMU-München in: Die Welt 31.12.2010). Seine Forderungen stimmen fast wörtlich mit einem – abgelehnten – Antrag für die BDK in Freiburg 2010 überein, dessen Überschrift lautete: *“Religiöse Freiheit ja – Scharia nein!“* **Findikçi** sieht in einem Verzicht auf die Scharia den Schlüssel und die Voraussetzung zur Integration von Islamangehörigen und er nimmt vor allem die Verbände in dieser Frage in die Pflicht: *“Um die Integration derjenigen Islamangehörigen, die sich mit ihrer vollständigen Integration in Europa schwer tun und ihre Verbände (Auslandsvertretung der jeweiligen religiösen Sekten und politischen Strömungen aus dem Ausland) in vollem Umfang unterstützen, voranzutreiben, ist es notwendig, ihnen, ihren Verbänden, den Imamen und den einflussreichen Personen aus ihrem Kreis **einen schriftlichen und unbefristeten Verzicht auf die Scharia** (Hervorh.von M.K.) abzurufen“* (ebda.).

Auch **Kojak** kommt in seinem Buch zum selben Ergebnis und formuliert ebenso apodiktisch wie **Findikçi**: *“Darüber hinaus beinhalten der Koran und das islamische Rechtssystem, die Scharia, Elemente, die im krassen Widerspruch zu unserer Verfassung stehen“* (**Hüseyin Koçak** a.a.O.). In obigem Zitat steckt die gesamte Brisanz im Umgang mit der Scharia. Auf den ersten Blick erscheinen Definitionen unverfänglich wie etwa *“Die Scharia wird als Gesetz Gottes betrachtet und praktiziert. Und dieses Gottesgesetz besteht aus dem Koran, Suna und ihre verschiedenen Interpretationen durch die Rechtsgelehrten (Ulema) ... Ferner bedeutet die Scharia aber neben dem 'Gottesweg' auch die Summe aller Sammlungen der Gebote und Verbote des Gottes... Für die meisten Muslime ist die Scharia die von Gott gesetzte Ordnung, also ein System von religiös fundierten Regeln. Auf Deutsch wird ‚Scharia‘ meist mit dem Ausdruck ‚islamisches Recht‘ übersetzt“* (**Findikçi**, a.a.O.). **Mathias Tanner** geht in seiner Definition von Scharia der eigentlichen Wortbedeutung nach: *“Ursprünglich stammt der arabische Begriff ‚Scharia‘ aus der Sprache der Beduinen und bezeichnet dort den Weg zur Tränke bzw. einen deutlichen, gebahnten Weg. Der Begriff ist abgeleitet aus dem Verb ‚schara‘a‘, was ‚den Weg weisen‘ bzw. ‚vorschreiben‘ bedeutet. Für die meisten Muslime ist die Scharia die von Gott gesetzte Ordnung, also ein System von religiös fundierten Regeln. Auf Deutsch wird ‚Scharia‘ meist mit dem Ausdruck ‚islamisches Recht‘ übersetzt“* (**Mathias Tanner** arbeitet bei der Fachstelle Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn und ist Mit-Herausgeber von "Streit um das Minarett. Zusammenleben in der religiös pluralistischen Gesellschaft“. TVZ: Zürich 2009).

Vergleicht man die Scharia mit den Prinzipien, die den allgemeinen Menschenrechten zugrunde liegen, wird der grundlegende Widerspruch beider Rechtsideen klar. Auf den kürzestmöglichen Nenner hat dies **Armirsdeghi** gebracht: *“Die Scharia ist das Recht Allahs. Die Menschenrechte sind ein universelles Recht des Einzelnen“* (**Nasrin Amirsedghi**, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte im Gottesstaat Iran ©Thomas M. Eppinger Standpunkte eppinger.wordpress.com

01.01.2010; N.A. ist deutsch-persische Publizistin aus Mainz). Noch knapper hat **Piero** diesen Widerspruch in einem Sechszeler zusammengefasst: *“Scharia und Grundgesetz passen nicht zusammen“* (**Bodo Piero**, Staatsrechtler, in: Focus Online 07.10.2010). Es passen auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 und die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam (KEMR) von 1990 nicht zusammen. Letztere stellen den Versuch islamischer Staaten dar, die AEMR mit der KEMR gleichzustellen bzw. ihnen Priorität einzuräumen. Dagegen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt: *“Die Scharia ist unvereinbar mit den grundlegenden Prinzipien der Demokratie, die in der Konvention (die Konvention wurde im Rahmen des Europarats ausgearbeitet, am 4. November 1950 in Rom unterzeichnet und trat am 3. September 1953 allgemein in Kraft) festgeschrieben sind“* (EuGRZ 2003, 206-222 Heft 7-10). Auch in weiteren Verfahren urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, *“dass die Scharia inkompatibel mit den fundamentalen Prinzipien in der Demokratie ist“* (European Court Of Human Rights, "Solemn hearing of the European Court of Human Rights on the occasion of the opening of the judicial year", Thursday, 22 January 2004, S.2; vgl. WIKIPEDIA: Scharia). Einer der Hauptgründe hierfür liegt in dem von der Scharia beanspruchten Primat vor den Menschenrechten. Nach dem Verständnis der AEMR sind Menschenrechte Individualrechte, während sie nach schariatischer Lesart Gruppenrechte sind. Zum einen *“ist die islamische Version durch die vollständige Unterwerfung des Menschen unter Allah geprägt und lässt deswegen nur göttlich legitimes Recht gelten. Die Menschenrechte der UN betonen hingegen die Religions-, Meinungs- und Gewissensfreiheit eines jeden Menschen... Deswegen stehen in den westlich geprägten Demokratien der Rechtsstaat und jede seiner Untergliederungen immer nur im Verhältnis zum (selbstverantwortlichen) Individuum. Die islamischen Staaten nutzen genau umgekehrt das Gruppenzugehörigkeits-Kriterium zur Legitimation von Ungleichbehandlung“* (**Felix Strüning**, Menschenrechte im Islam 9/2013 o.O.; <http://www.stresemann-stiftung.de/publikationen/diskussions-papiere/felix-struening-menschenrecht-meinungsfreiheit/>).

Seit einiger Zeit findet eine Auseinandersetzung darüber statt, ob es mit der Scharia und ihrer möglichen partiellen Einführung in das westliche Rechtssystem zu einer Art Rechtspluralismus kommen könnte. Protagonist für diese Tendenz ist **Mathias Rohe** (Islamwissenschaftler und Jurist), der in einigen Rechtsbereichen die Scharia angewendet wissen möchte. Ähnlich argumentiert **Gudrun Krämer**, die die Scharia für reformierbar hält (vgl. **Gudrun Krämer**, Die Scharia ist kein feststehender Kodex in FR 4.3.2011; G.K. ist Berliner Islamwissenschaftlerin).

Solchen Überlegungen erteilt **Henryk M. Broder** eine deutliche Absage. Er greift **Andreas Zielcke** und **Mathias Rohe** mit deren Forderungen nach einer Ergänzung des hiesigen Rechts durch die Scharia heftig an: Obwohl Zielcke erkannt habe, dass *“die Normen der Scharia wie blinde Passagiere mit den Immigranten wandern“*, wolle er die Normen der Scharia modifizieren, anstatt die blinden Passagier nach Hause zu schicken. Ähnlich kritisch sieht Broder die Aussage des Erlangerer Islamwissenschaftlers und Jura-Professors, Matthias Rohe, der Westen müsse gegenüber dem Islam *“seine zivilisierte Anschlussfähigkeit“* beweisen - und nicht umgekehrt. *“Das klingt, als ob er den Siegern von morgen schon heute zurufen möchte: 'Ich bin auf eurer Seite! Bitte merkt es euch!'“* (**Henryk M. Broder** 09.03.2010 Christliches Medienmagazin).

Auch **Elham Manea** wendet sich in einem Vortrag zur Scharia gegen eine derartige Vermischung zweier Rechtssysteme. Für sie werden die Einführung der Scharia in das Familienrecht die Integration erschwert und fundamentale Menschenrechte verletzt. Manea stützt ihre Argumente interessanterweise auf Aussagen zahlreicher islamischer Gelehrter, die *“betonten, dass die Emanzipation der Frau eine Bedingung sei für die Entwicklung der Gesellschaft. Diese Emanzipation könne jedoch ohne Änderung der Familiengesetze, die das Leben der Frauen regeln, nicht erreicht werden.“* Für Manea steht fest, *“dass es ganz einfach nicht möglich ist, islamisches Gesetz in Familienangelegenheiten zu tolerieren, ohne auch in Kauf zu nehmen, dass grundlegende Menschenrechte verletzt werden“* (<http://www.religion.ch/web/fr/Recht/die-scharia-ihre-anwendung-und-ihre-vereinbarkeit-mit-den-menschenrechten.html> 01.12.2009). Eine

derartige Entwicklung befürchtet auch **Abdelwahab Meddeb**: *“Mir scheint, dass die Islamisten eine Strategie betreiben, die darin besteht, die europäischen Rechtssysteme zu unterlaufen. Gleichzeitig versuchen sie immer mehr, das islamische Recht in Europa einzuführen“* (**Abdelwahab Meddeb** NZZ 2.4.079). Der mehrfach zitierte **Kocak** thematisiert in seinem Buch *“Die Unterwanderung des Rechtsstaates durch die Schari’a mitten in Deutschland“* ebenso derartige Tendenzen. Als Beispiele erwähnt er das Kopftuch, nicht mehr stattfindende Schulausflüge, Sportunterricht, von dem Schüler(innen) abgemeldet werden etc. *“Konvertiten spielen (im Sinne der Islamisierung) hier eine besondere Rolle, da viele die Möglichkeiten des Rechtsstaates besser als Migranten auszunutzen verstehen“* (**Hüseyin Koçak** a.a.O.).

Ibn Warraq übt eine fundamentale und umfassende Kritik an möglichen Scharia-Gerichten parallel zum herrschenden westlichen Rechtssystem. Auch für ihn sind sie, wie schon von Strüning nachgewiesen, unvereinbar mit unserem Demokratiemodell: *“Solche Scharia-Gerichte sind ihrem Wesen nach sektiererisch, sie verschärfen die religiöse und soziale Spaltung der Gesellschaft, und sie erheben einige Muslime über das Recht, das der Rest der Gesellschaft befolgen und respektieren muss. Das ist eine totalitäre Konstruktion, die darauf abzielt, jeden einzelnen Aspekt des Lebens eines Muslims zu kontrollieren, selbst eines Nicht-Muslims – und deshalb ist dies vollkommen unvereinbar mit westlichen, liberalen Demokratien und den Menschenrechten“* (**Ibn Warraq** Die Welt 15.03.2010; <http://www.welt.de/debatte/Lust-auf-Scharia.html>; Ibn Warraq ist Verfasser des islamkritischen Buches "Warum ich kein Muslim bin"; er schreibt aus Angst vor einer Fatwa unter falschem Namen).

Im Zuge der von den islamischen Verbänden und der grünen road map angestrebten Gleichstellung des Islam mit den christlichen Kirchen hat **Pierrot** eine Gefahr und Chance gesehen, auf die **Volker Beck** und andere wohlweislich erst gar nicht eingehen oder in ihrer Unkenntnis übersehen. *“Die Muslime sind sich über Gehalte und Konsequenzen des Islam uneinig. Das gilt in besonderem Maße für die Scharia, die... Steinigungen vorsieht. Mit dem absoluten Lebensschutz des Grundgesetzes ist dies nicht in Einklang zu bringen. Sollte in Deutschland eine islamische Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt werden, müsste sie sich also dazu verpflichten, in dieser Funktion nicht nach den Maßstäben der Scharia zu verfahren“* (**Bodo Pieroth**, a.a.O.).

Baustein 4: Das Kopftuch

“Das Turban (Kopftuch) ist der praktische Ausdruck der Scharia und folglich Unterdrückung der Frauen“ (**Aydin Findikci** in: Die Welt v. 31.12.2010).

Die im Baustein Islam angesprochene Verwobenheit von Staat, Tradition und Glaube findet im KT ein sichtbares Zeichen. Neben einem eventuell persönlichen Bekenntnis zum KT steht es *“auch für die Anerkennung der schariatischen Bestimmungen zu Ehe und Familie und der rechtliche benachteiligten Stellung der Frau“* (**Schirmmacher** a.a.O.). In einer groß angelegten Studie (*“Der Islam und das Kopftuch in Belgien“*; zu finden unter hpd.de/node/10739 vom 26.11.2010, Printversion Seiten 1-18) hat **Etienne Vermeersch** untersucht, ob und wenn ja, warum das KT zu tragen eine religiös begründete bzw begründbare Verpflichtung für Musliminnen ist. Am Ende seiner Betrachtungen steht für ihn fest: *“Schließlich hat der Schleier als Symbol muslimischer Identität keine Grundlage in der muslimischen Tradition“* (S.16). Die für das KT relevanten Koransuren (7,26; 24,31; 33,59) führten im Lauf der Geschichte zu unterschiedlichen Auffassungen und Praktiken, so dass *“über Kleidung im Koran...von einer klaren Regelung keine Rede sein kann“* (S.7).

Hierzu passt die Aussage von **Amin Qasim**, einem Vorreiter der Frauenemanzipation im Islam (sic!), aus dem Jahr 1899, *“dass die Kleiderordnung nichts mit dem wahren Islam zu schaffen hat“* (Vermeersch, a.a.O., S.6). In Europa kam das KT-Problem durch fundamentalistische Bewegungen erst seit den 80er Jahren auf die Tagesordnung, was sich im Straßenbild zeigt, wo immer häufiger verschleierte Musliminnen zu sehen sind. **Vermeersch** macht auch auf die Differenz zwischen dem KT einerseits und Kreuz, Stern oder Freidenker-Fackel andererseits aufmerksam. Es geht beim KT *“um den Ausdruck einer fundamentalistischen Auslegung des Korans und der Sunna, die auch von vielen Muslimen nicht geteilt wird“* (a.a.O., S.13). **Vermeersch** schließt seine Ausführungen mit einer Warnung und einer Hoffnung: *“Die Leute realisieren nicht, dass die langsame Entwicklung in Richtung einer friedlichen Gesellschaft, welche die Religion als Konfliktstoff hinter sich gelassen hat, durch diese provokatorischen Äußerungen in umgekehrter Richtung getrieben wird. Man realisiert nicht, dass, wenn wir Hijab, mit Hinweis auf die Religionsfreiheit in Schulen und bei Beamten zulassen, [bestimmte antireligiöse/antiislamische] Verhaltensweisen und Praktiken sich mit den gleichen Argumenten etablieren werden – etwas, das wir jetzt bereits feststellen können. Insbesondere wird dabei vergessen, dass es dann jedem frei steht, durch die Kleidung die eigenen Sichtweisen zu artikulieren. Ein T-Shirt mit den Worten "Allah gibt es nicht" in der Schule oder bei Beamten... würde dann eine rechtmäßige Meinungsäußerung sein... Es wäre ein Nutzen für eine friedliche Gesellschaft, wenn jeder so viel wie möglich vermeidet, kontinuierlich die eigene Weltanschauung an die große Glocke zu hängen“* (ebd.).

Der in Berlin lehrende Deutsch-Libanese **Ralph Ghadban** geht aus religionswissenschaftlicher und historischer Perspektive auf das Tragen des KT ein (*“Das Kopftuch in Koran und Sunna – Das Frauenbild hinter dem Kopftuch“*, Bundeszentrale für politische Bildung vom 28.06.2005). Ausgehend von den Suren 33:53, 33:32-33, 24:30-31, 33:59, 24:60 gelangt er zu folgendem Resümee: Im Koran sind Mann und Frau zwar vor Gott gleich, im Leben allerdings ist die Frau dem Mann untergeordnet. Mit der Sunna wurde später die Botschaft des Koran in eine andere Bahn gelenkt und damit auch das Frauenbild der patriarchalischen Gesellschaft entworfen. Es reduziert die Frau auf ihre Sexualität, sie **ist** eine 'aurah – die Körpergegend wo die Geschlechtsteile liegen –, während der Mann eine 'aurah **hat**. Diesem Konstrukt entspricht ein Männerbild als unkontrolliertem und triebhaftem Wesen. *“Die Frau ist ein sexuelles Objekt. Sie ist verführerisch und teuflisch. Sie stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Männer dar. Außerdem ist sie schlecht. [Der rechtgeleitete Kalif] Ali soll gesagt haben: "Die Frau als Ganzes ist böse. Und das Böseste an ihr ist, dass man auf sie nicht verzichten kann." Ein hadîth bei Buchârî besagt, dass die Mehrheit der Menschen in der Hölle aus Frauen besteht... Mustafa as-Sibâ'i, der Gründer*

der Muslimbrüder in Syrien, schreibt 1962, dass die Zivilisation des Islam auf der Basis der Geschlechtertrennung entstanden ist, und das mache ihre Größe aus. Dagegen habe die Geschlechtervermischung in der griechischen, der römischen und der westlichen Zivilisation zu ihrem Niedergang geführt“ (**Ghadban** S.7). Für die gelehrten Koran- und Sunnainterpreten ist die Frau auch biologisch eine Art Mängelwesen, weil sie aus der krummen Rippe von Adam geschaffen wurde. Obwohl Mann und Frau vor Gott gleich sind, ergibt sich aus den *“instinktiven und biologischen Unterschieden“* (S.7) zwischen beiden Geschlechtern, dass für beide nicht die selben Gesetze und Institutionen gelten. **Ghadban** schließt seine Untersuchung zum islamischen Frauenbild ab mit der rhetorischen Frage, ob – angesichts der Verbreitung der *“alten islamischen Vorstellungen unter weiten Teilen der muslimischen Bevölkerung in Deutschland und im Westen“* – unsere Gesellschaft *“akzeptiert und verkräftet“*, dass *“unter dem Vorwand der Religionsfreiheit versucht (wird), eine Gesellschaftsordnung einzuführen, die höchst problematisch ist. Das Kopftuch ist ein zentrales Element dieser Ordnung und symbolisiert die Position der Frau. Es ist nicht, wie im Diskurs ständig wiederholt wird, allein ein Zeichen ihrer Unterdrückung, denn man kann die Frau ohne Kopftuch unterdrücken. Es ist vor allem ein Zeichen ihrer Entwürdigung, weil es die Frau auf ihre Sexualität reduziert“* (ders., S.8).

Für **Abdel-Samad** ist das KT ein Instrument geworden, *“durch das die muslimischen Verbände mehr Sonderrechte in der Schule, auf dem Arbeitsplatz und sogar im Justizwesen erlangen wollen. Sie verfolgen das Ziel, die Vorrangigkeit von Glaubensfragen vor Menschenrechtsfragen durchzusetzen“* (Weltwoche 11.05.2010 ?).

Auf einen ganz anderen Aspekt des KT geht **Geyer** ein. Es thematisiert die Anfeindungen gegenüber Mädchen und Frauen aus muslimischen Familien, die sich weigern, das KT zu tragen. Sie sind ständig dem häuslichen Druck durch Väter, Brüder und auch Mütter ausgesetzt. Auch Zwangsehen sind sie ziemlich schutzlos ausgeliefert. In den religiös islamischen Familien prallen Wertvorstellungen zwischen westlichem Alltag und religiös begründeten Einschränkungen massiv aufeinander. Traurig-tragischer Beleg für diese Zustände ist die Suizidrate unter Deutsch-Türkinen zwischen 18-35 Jahren, die doppelt so hoch ist wie die gleichaltriger Deutscher. Die jungen Frauen leiden *“vor allem unter kulturellen Konflikten: Verbote durch Väter, Zwangsehen, Frustration der Eltern, die sich in Deutschland schwer zurechtfinden ...Junge Frauen wachsen mit dem Ehr- und Reinheitsbegriff der Eltern auf, aber gleichzeitig sehen sie, wie Gleichaltrige leben“* (**Steven Geyer**, Fremd in der neuen Heimat, FR 18.02.2010). Bei Frauen zwischen 35 und 55 sind Motive für den Suizid *“häusliche Gewalt, die Abhängigkeit vom Geld und Geldsorgen“* (ebda.). In einer Kölner Untersuchung zu Suizidversuchen unter Jugendlichen fiel *“der hohe Anteil suizidgefährdeter türkischer Mädchen auf“* (ebda.). **Rita Breuer** verweist in ihrem Artikel *“Verkehrte Welt – Mobbing gegen kopftuchfreie Mädchen“* (**Emma** (9/10 2009) darauf, wie stark seit Mitte der 1980er Jahre der politische Islam auf die islamische Bekleidung Einfluss genommen hat. *“Die systematische Propaganda, die internationale islamische Einflussnahme und die Entschlossenheit, die Frauen in ihre Schranken zu verweisen, haben das Kopftuch wieder zum Inbegriff islamischen Lebens gemacht“* (ebda.). Im Übrigen dürfte die häufig beschworene Freiwilligkeit beim Tragen des KT angesichts des Drucks, den konservativ islamische Familien ausüben, eher eine Schutzbehauptung sein: *“Hinter dem Kopftuch und weiteren Verkleidungen der Frauen stehen die islamischen Ehemänner. Es sind die Väter, die sich weigern, ihre Töchter in den Turn- und Schwimmunterricht zu schicken. Es sind diese Herren der Schöpfung, welche ihre Kinder von der aufgeklärten Gesellschaft fernhalten wollen. Diese patriarchale Herausforderung der westlichen Gesellschaftsordnung beginnt mit dem Kopftuch und dürfte bei der Scharia enden“* (**Peter Bachmann** in: Tagesanzeiger 09.09.2010).

Auch **Ghadban** beschreibt in der oben zitierten Studie die *“streng hierarchischen, patriarchalischen und autoritären Sippenstrukturen“* (**Ghadban** a.a.O.) als Ursache für die Schwierigkeiten von Mädchen und Frauen, sich in streng muslimischen Elternhäusern selbstbestimmt zu entwickeln. Weitere Folgen beim Tragen des KT führen zur sozialen Exklusion und stehen dadurch einer Integration des Islam in die Gesellschaft diametral entgegen.

“Alterstypische Interessen und Freizeitbeschäftigungen wie Popmusik, das unbeaufsichtigte Treffen Gleichaltriger, Partys, Kino etc. sind für sie tabu“ (**Breuer** a.a.O.). Durch die Zunahme von KT tragenden Schülerinnen steigt der Druck, den sie auf Mitschülerinnen ohne KT ausüben. Breuer berichtet von einer 14 jährigen türkischstämmigen Schülerin, die mit Vorwürfen konfrontiert wird wie “Willst Du aussehen wie eine Deutsche? Das Kopftuch ist unsere Ehre – hast Du keine“ (diesl.)? **Breuer** fordert daher unmissverständlich: “Ein staatliches Kopftuchverbot für Schülerinnen wäre ein deutliches Signal, um dem Gleichheitsgrundsatz – einer der größten Errungenschaften der Zivilisation – für alle eine Chance zu geben“ (diesl.).

Aus ganz persönlicher Betroffenheit heraus berichtet die Tochter des Gründers der deutschen Sektion von Milli Görüs, **Emel Zeylabidin**, über ihren Entschluss, das KT nach 30 Jahren abzulegen (“Der Kopf einer Frau gehört nur ihr“, Die Welt v. 24.3.2011). Neben Anfeindungen durch ihre Glaubensschwestern wurde ihr auch bewusst, welche negativen, die Persönlichkeit prägenden Einflüsse das KT hat: Es greift direkt in die Identität der KT tragenden Mädchen und Frauen ein. “Mit dieser Identitätszuschreibung durch die Verhüllung kann sich eine Frau in permanente Selbstentfremdung und Selbstverleugnung begeben“ (ebda.). Dieser Prozess beginnt schon im frühen Jugendalter – meist zu Beginn der ersten Menstruation. Durch “die Verhüllung werden viele junge Mädchen ihrer Kindheit und Jugend beraubt, ohne zu verstehen. Ihr Körper gehört nicht mehr ihnen, sondern ihrer Familie und den gesellschaftlichen Interessen. Ihre natürliche Persönlichkeitsentwicklung wird durch eine verordnete Scham durchkreuzt. Sie sollen sich für ihren Körper schämen und ihn deshalb bedecken. Es herrscht sogar die absurde Vorstellung als Rechtfertigung, das Haupthaar mit dem Schamhaar zu vergleichen. Dass daraus lebenslange Komplexe entstehen können, wird leider nicht einmal von Entwicklungspsychologen thematisiert“ (ebda.). Verbunden mit dem Zwang, ein KT zu tragen, ist die Furcht vor Höllenstrafen, die in einigen Suren explizit erwähnt werden. Es ist “die Vorstellung des strafenden Gottes – was nichts anderes ist als eine Einschüchterungstaktik. Eine eingeschüchterte Person wird schwerlich die Fähigkeit erwerben, eigene Entscheidungen zu treffen, um Verantwortung für sich zu übernehmen“ (ebda.). Ganz im Sinne von **Vermeersch**, der dafür plädiert, die eigene Weltanschauung nicht an die große Glocke zu hängen, meint **Zeylabidin**: “Der Glaube sollte kein Mittel sein, um politischen Kollektivismus auszudrücken, er sollte Privatsache sein, so wie die Sexualität auch. Und der Kopf einer Frau gehört nur ihr“ (ebda.).

Welche Bedeutung dem KT von Musliminnen zugemessen wird, geht aus einem Leserbrief hervor, den **Halac-Mec**, Mitglied der Islamkonferenz und angeblich KT tragend, schrieb: “Ich möchte klarstellen, dass dies nicht zutrifft. Weder trage ich ein Kopftuch noch betrachte ich äußerliche Symbolik als notwendigen Bestandteil meines Glaubens. Mehr noch: Ich stehe solchen Auffassungen sehr kritisch gegenüber. Als Rechtsanwältin und Mitbegründerin der "Frankfurter Initiative progressiver Frauen" setze ich mich für eine moderne, säkulare und von den Errungenschaften der Aufklärung geprägte Gesellschaftsordnung ein. Für diese Werte werde ich mich in der Islamkonferenz entschieden einsetzen“ (**Gönül Halat-Mec**, Frankfurt/M., in FR 06.03.10).

Im Gegensatz zu solchen Aussagen ist die Haltung zum KT innerhalb der Grünen geprägt durch ein wohlwollendes JA. Wenige innerhalb der Partei geben in dieser Frage diesen Kurs vor und viele wollen sich mit einer Kritik am KT nicht die politische Karriere verderben, haben Furcht vor Unterstellungen (vgl. Baustein 7: Islamkritik) oder rechtfertigen das KT durch ein wenig reflektiertes Verständnis von Liberalität und Toleranz. Wie schon oben erwähnt, findet zwischen Grünen und Kritiker_innen des KT so gut wie kein Dialog statt oder es handelt sich um Alibiveranstaltung, mit entsprechend ausgewählter Podiumsbesetzung. **Seyran Ates** spricht daher mittlerweile der Partei sogar die Kompetenz ab, das Zusammenleben der Religionen zu bewerkstelligen. “...warum ich die Grünen aus großer Enttäuschung heraus seit vielen Jahren nicht mehr wähle. Dort (im Wahlprogramm für 2009. M.K.) heißt es: "Niemand hat das Recht, im Namen einer Religion oder Weltanschauung die Freiheit anderer einzuschränken." Wer kann diesen Satz nicht unterschreiben? Und weiter heißt es "Bei der Akzeptanz der Grundrechte, der

*Demokratie und der Freiheit anderer gibt es keinen kulturellen Rabatt“... Meine Beobachtungen und Erfahrungen in den letzten Jahren machen mich diesbezüglich misstrauisch gegenüber der Mehrheit der Grünen. Bei den Grünen begegnet man den meisten Kopftuchträgerinnen und VerteidigerInnen des Kopftuchs, den meisten Kulturrelativisten und Multikulturalisten. Den meisten Grünen ist sehr schwer zu erklären, warum ein eigener Straftatbestand Zwangsheirat so wichtig ist, und dass Ehegattennachzug für Frauen ohne Deutschkenntnisse selten einen Segen darstellt. Bei der doppelten Staatsbürgerschaft sind die Grünen schon mal eingeknickt, und von Parallelgesellschaften will ein Grüner selten was hören. Eine kritische Diskussion über Moscheebauten kann den einen oder anderen Grünen sehr aggressiv machen. Demzufolge traue ich den Grünen am wenigsten zu, eine der größten Herausforderungen unserer globalisierten Welt zu bewältigen, nämlich das weitestgehend friedliche und zufriedene Zusammenleben von vielen verschiedenen Kulturen und Religionen auch in unserem Land“ (**Seyran Ates** in *Die Welt* 8.9.09).*

Eine Grundlage für die vorherrschende Haltung der Partei bildet der *“Aufruf wider eine Lex Kopftuch - Religiöse Vielfalt statt Zwangsemanzipation (www.rathaus-bremen.de/reader zum Urteil Kopftuchurteil des BVerfG vom 24.9.2003)“* von **Marieluise Beck**. Sie ergreift vehement Position für KT tragende Lehrerinnen und hüllt dies in allgemeine Aussagen zum KT ein, die von wenig Kenntnis des Islam zeugen. Sie möchte zwischen *“Islam“* und *“Fundamentalismus“* differenzieren, obwohl das eine aus dem anderen hervorgeht (vgl. Baustein 2: Islam). Geradezu abwegig sind M. Becks Vorstellungen über das Tragen des KT in der *“Diaspora“*, wo Frauen *“auf das Kopftuch (zurück)greifen, um mit Selbstbewusstsein ihr Anderssein zu markieren oder eine Differenz im Verständnis von Sittsamkeit und Tugendhaftigkeit gegenüber der Aufnahmegesellschaft zu dokumentieren“*. Für **M. Beck** sind *“Frauen... mit Kopftuch... gerade die Frauen, die mit ihrem Streben nach Berufstätigkeit einen emanzipatorischen Weg beschreiten wollen.“* Hier müsste sich jede_r aufgeklärte Grüne fragen: Ist **Beck** naiv oder glaubt sie diesen Unfug tatsächlich – so wie sie auch annimmt, dass Milli Görüs sich auf einem Weg der Demokratisierung befinde (vgl. Baustein 2: Islam: Interview mit **Hans-Peter Raddatz** in: *Die Weltwoche* 9.6.2012). Schließlich vergleicht sie noch christliche und jüdische Symbole mit dem KT, die zu tragen einer Lehrerin dann auch verboten werden müssten. Damit offenbart Beck ihre völlig unzureichende Islamkenntnis. Das KT ist kein religiöses Symbol. Es ist einer Forderung von Vertretern einer fundamentalistischen Interpretation des Koran entsprungen mit einem Frauenbild, das **M. Beck** nun wirklich nicht wollen kann.

Solchen verquerten Vorstellungen von Beck haben zahlreiche Frauen und Männer (auch Parteimitglieder) in einem *„Offenen Brief an Frau Marieluise Beck“* vehement widersprochen. Im Gegensatz zu **Becks** Annahme, *“durch ein Kopftuchverbot würden sich viele Muslime (sic! M.K.)... bestärkt fühlen, sie seien gesellschaftlich ausgegrenzt“* sehen sie genau, wer hinter dem KT steckt. *“Nur diejenigen, die unter dem Einfluss der Islamisten stehen und für die das Kopftuchtragen...im öffentlichen Dienst als unverzichtbar gilt, würden dieses Verbot als Ausgrenzung verstehen...Die Erfahrung zeigt, dass das Tragen des Kopftuchs in staatlichen Institutionen längst zum Kampfprogramm von islamistischen Kräften geworden ist.“* Daher, so die Autori_nnen, muss *“den islamistischen Kräften eine Grenze gezeigt werden, deren Überschreiten ein wichtiges Prinzip unserer Verfassung verletzt“* (alle Zitate aus dem o.a. Reader). Was würde **Beck** wohl zu einer Burka tragenden Lehrerin sagen? Eine Ablehnung würde ihre These von der *“Zwangsemanzipation“* ad absurdum führen.

Für **Raddatz** ist die Frage des Tragens des KT keine Frage der Toleranz, sondern des Rechts. Es geht ihm nicht nur um eine unterschiedliche Auslegung des Toleranzbegriffs. Wesentlich gravierender wiegt, dass *“das Verhüllungsgebot...ein zentrales Grundrecht (an)greift: die Gleichheit der Geschlechter und auch die Freiheit der Religion. Wenn wir es akzeptieren, kehren wir zu vormodernen Politikformen und zur Anschauung der Frau als minderwertiges Wesen zurück... Wenn wir das Kopftuch in der Schule tolerieren, öffnen wir uns einem zentralen Bestandteil des islamischen Rechts. Und wenn wir unkontrollierten Moscheebau und Islamunterricht tolerieren, ermöglichen wir dem politischen Islam eine Unterwanderung des*

demokratischen Rechtsstaats“ (**Raddatz** a.a.O.). Immerhin gibt es unter prominenten Grünen auch Einsichtige, was die Einschätzung des KT angeht. **Antje Vollmer** bekennt: *„Ich meine, wir waren zu blauäugig. Selbst in Berlin, wo man das Kopftuch immer häufiger sieht, haben wir es als kulturelle Folklore abgetan. Dabei handelt es sich um massive politisch-ideologische Veränderungen, die im Kopftuch ein Symbol finden – für die vollständige Unterstellung der Frau unter die Autorität des Mannes“* (**Emma** 3-4/2004).

Welchen Veränderungen sich die Grünen in Sachen KT unterworfen haben, zeigt ein Vergleich mit **Karacuban** (siehe Baustein 5: Grüne Beiträge zum Islam) und einer Begebenheit 1985 bei der Berliner AL aus Anlass des Internationalen Frauentags. *„Die grüne Formel, 'der Fremde ist eigentlich gar nicht so fremd, alles Gerede darum sind nur Vorurteile der Konservativen, entsprungen ihrer pathologischen Deuschtümelei', verliert in der eigenen Partei spätestens dann ihre Gültigkeit, wenn die Einwanderer grüne Essentials wie zum Beispiel die Geschlechterdemokratie in Frage stellen. Beim Kopftuch und dem Islam hat auch bei Grünen die Toleranz ihre Grenzen. So wurden Musliminnen im März 1985, nachdem sie von einer AL-Vertreterin zu einer Veranstaltung im Internationalen Frauentag eingeladen wurden, aufgefordert, ihre Kopftücher abzulegen. Als diese sich weigerten, erhielten sie Redeverbot, durften keine Flugblätter verteilen und mußten die Filme aus ihren Kameras aushändigen“* (**Eberhard Seidel-Pielen**, Der Ausländer im Dienst einer grünen Sache. Zit. nach: Die Grüne Gefahr – Eine Partei auf dem Weg zur Macht. TAZ-Journal 1/1998, S. 86-87).

Immerhin gibt es vereinzelt in der muslimischen Gemeinschaft auch durchaus ablehnende Positionen zum KT. **Hakki Keskin**, ehemaliger Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, sieht in den Forderungen der Befürworter des KT den *„Versuch zahlenmäßig kleiner, radikaler Gruppen innerhalb der islamischen Bevölkerung, die Religion für ihre politisch-ideologische Gesinnung zu instrumentalisieren. Ihr Endziel ist ein Staat nach dem Gesetz der Scharia. Die sollte jedem klar sein“* (**Hakki Keskin** in FAZ 19.01.2004).

Baustein 5: Grüne Beiträge zum Islam

„Die Politik ist links von der Mitte nicht mehr zu retten. Die Linken gewähren uns Muslimen sogar, wenn es um Antisemitismus oder Faschismus geht, einen regelrechten Kulturrabatt (**Hüseyn Kocak** citizen times 07.02.2011).“

Als **H.-Chr. Ströbele** sich zum Tragen des Kopftuchs bei Musliminnen in einer Friedman-Talk-Show (zusammen mit Kristina Köhler MdB, der späteren Ministerin Schröder) positiv äußerte, musste er auf eine kritische Nachfrage hin bekennen, er sei *„nun wirklich kein Rechtsgelehrter des Islam“* und habe vielleicht *„5-mal den Koran in der Hand gehabt“*. Das ist nicht weiter schlimm, denn man kann zum KT auch ohne Koran-Kenntnisse eine Meinung haben. Liest man die Aussagen grüner Fachleute zu dieser Thematik, entsteht allerdings der Eindruck, dass deren Aussagen und Positionen zum Islam eher naiv, unkritisch bis hartnäckig unwissend sind.

Die grüne Religionspolitik hat sich sich vom Grundsatz der *„Trennung von Kirche und Staat“* (Grundsatzprogramm 2002 S. 120) entfernt. Dies trifft insbesondere auf das Verhältnis zur islamischen Religion zu. Die in dieser Frage meinungsführenden grünen Funktionsträger verfolgen mit ihrer Strategie völlig entgegengesetzte Ziele: Über ein wie auch immer geartetes Konstrukt soll die Gleichstellung des Islam mit den hier anerkannten Religionsgemeinschaften erreicht werden und zugleich sehen sie darin einen Beitrag zur Integration. *„Wir Grüne wollen die gleichen Rechte für Musliminnen sowie Muslime und ihre Organisationen in Deutschland wie sie für Christen und Juden gelten“* (Diskussionspapier zur rechtlichen Gleichstellung des Islam in Deutschland von **Volker Beck MdB, Omid Nouripour MdB und Josef Winkler MdB** 20.03.2009). Mit einem solchen Verständnis von Integration wird aber eine Religion integriert und nicht die Zugewanderten in die deutsche Gesellschaft. Unter der Federführung von **Volker Beck** und **Josef**

Winkler entstand schon 26.9.2006 eine sog. Road Map mit dem Titel "Rechtliche Gleichstellung des Islam in Deutschland". Am 7.7.2010 brachte die Fraktion einen Gesetzesentwurf ein mit dem Titel "Das Menschenrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit stärken", in dem unter Punkt 9 gefordert wird, "ein Konzept zur rechtlichen Gleichstellung des Islam in Deutschland zu entwickeln." **Beck** bekannte bei der Vorstellung der Road Map: "Der Islam gehört zu Deutschland. Das ist ein Fakt" (welt online 5.11.12). Welcher Islam vergaß er allerdings wohlweislich zu erwähnen – auch der Islam eines Salafisten wie Pierre Vogel alias Abu Hamza oder gar der eines der Hamburger 9/11-Attentäter? Im Zusammenhang mit der Vorstellung der Road Map entwickelte **Beck** Thesen, die sicherlich auch in unserem AK diskussionswürdig sind. **Beck**: "Auch die effektive Bekämpfung des Islamismus in Deutschland wird durch die mangelnde rechtliche Gleichstellung des Islam erschwert... Die Bundesrepublik Deutschland hat ein erhebliches Interesse an einer rechtlichen Gleichstellung des Islam... Eine rechtliche Verbesserung (d.h. des Islam. M.K.) würde die gesellschaftliche Teilhabe der Muslime am gesellschaftlichen Leben in Deutschland fördern und wäre damit ein gewichtiger Beitrag zur ihrer Integration" (Road-Map s.o.). Allerdings fragt man sich, warum die Integration von Vietnamesen oder Indern und anderen Angehörigen nichtchristlicher Religionen vergleichsweise reibungslos vonstatten geht, ohne dass die rechtliche Gleichstellung von deren Religionen dazu erst einmal gewährleistet wurde. Eine breite innerparteiliche Diskussion zu diesen Aussagen hat bis heute jedenfalls nicht stattgefunden – außer einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung "Toleranz ohne Ende – Ende der Toleranz" (Stuttgart 2006) –; die grüne Islampolitik ist denn auch seit eh und je an der – desinteressierten? – Basis ziemlich vorbeigegangen.

Erst auf der BDK 2010 in Freiburg wurde – unter dem Druck eines Antrags zur Scharia (vgl. Baustein 3: Scharia) ein Antrag von Cem Özdemir verabschiedet – "Für die Wiederherstellung der Vernunft in der Integrationspolitik" –, der wenigstens für kurz einmal die BDK in die religionspolitische Debatte einband.

Das islamlastige Integrationskonzept der Partei bringt es mit sich, dass sich die Grünen von Integrationsdebatten, wie sie z.B. von **Sarrazin** oder **Buschkowski** – wie umstritten auch immer – angestoßen wurden, weitgehend verabschiedet haben. **K.-P. Klingenschmitt** hat das Schweigen der Bundesspitze zur Integrationsdebatte – damals unter dem Eindruck von Sarrazins Buch "Deutschland schafft sich ab" – kritisiert. "In die...Debatte, die nach der Vorstellung von Sarrazins Buch 'Deutschland schafft sich ab!'... geführt wurde... habt ihr Euch dann nicht mehr eingemischt. Vom Beziehen klarer Positionen zum Thema ganz zu schweigen" (**K.-P. Klingenschmitt**, Maul halten gilt nicht in Taz v. 07.10.2010). Und er legt auch den Finger in die grüne Wunde: "Kommunale Ghettos, in denen etwa aus Ostanatolien importierte Wertvorstellungen vorherrschen und Hassprediger in Hinterhofmoscheen sind... inakzeptabel" (ebda.) – alles Sachverhalte im Zusammenhang mit schlecht integrierten – muslimischen – Einwanderern, die von Grünen gerne kleingeredet werden. Vielleicht aber halten viele Grüne das "Maul", weil sie es mit der politischen Korrektheit für nicht kompatibel halten, den Islam oder die Zugewanderten zu kritisieren. "Für viele heutige Linke ersetzen Verbote der political correctness das Denken. Aufklärung ist jedoch mit den Denkverboten der aus den USA importierten Diktatur der political correctness unvereinbar" (**Ralph Ghadban**, Deutschland ist kein Hotel. In: taz, 02.12.2004).

Anlässlich des von der französischen Nationalversammlung verabschiedeten Burkaverbots gab es es eine Presseerklärung von **Tom Koenigs**, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, sowie von **Josef Winkler**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Kirchenpolitik und interreligiösen Dialog. Die PM ist ein Beispiel für die völlige Umdeutung der Leistungen der Aufklärung und der mühsam erkämpften Säkularisierung im Sinne einer weitestgehenden Trennung von Staat und Kirche. In einem Burkaverbot sahen die beiden nämlich eine Gefahr "für die Religionsfreiheit in Europa". Mehr noch: In einem Rundumschlag werden andere europäische Staaten wegen ihrer Kritik am Islam beschimpft: "Das gilt auch für die Debatten über den Islam, wie in den Niederlanden, der Schweiz, Belgien oder Spanien. Diese

Diskussionen haben antiliberalen, nationalistischen und anti-europäischen Tendenzen.“ In völliger Verkennung des Begriffs Religionsfreiheit – *“Die Religionsfreiheit gehört zur europäischen Identität und muss zur Identität Europas gehören“* – ist das Tragen einer Burka für die beiden lediglich *“der nach außen gewandte Ausdruck einer bestimmten religiösen Vorstellung“* (alle Zitate: Pressemitteilung 14.07.2010: Religionsfreiheit als Markenzeichen Europas in Gefahr).

Dieser Stellungnahme ist mit Nachdruck entgegenzuhalten, dass sich die *“Identität Europas“* eben gerade in der Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt zeigt, dass die in Deutschland beheimateten Religionsgemeinschaften sich mit dem säkularen Staat arrangiert haben und bis auf wenige Ausnahmen den öffentlichen Bereich von religiöser Symbolik freihalten. Schließlich garantiert gerade der säkulare Staat ihnen den Religionsfrieden.

Hans-Ulrich Wehler hat anlässlich der damaligen Rede von **Christian Wulff** über Deutschland und den Islam auf diesen Tatbestand eindrücklich hingewiesen: *“Die Trennung von Staat und Kirche ist im Westen ein Faktum. Das ist das Gegenteil dessen, was in den islamischen Ländern gilt. Diesen Gewinn in der politischen Kultur gilt es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen“* (Tagesspiegel 08.10.2010).

Ein trauriger Höhepunkt für den proislamischen Kurs der Partei ist der auf der BDK in Erfurt 2008 abgelehnte Änderungsantrag des KV Hagen zum TOP Menschenrechte (sic!). Es ging in dem Antrag darum, *“Forderungen islamischer Staaten (OIC-Länder), die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam (CDHRI), welche die Scharia als alleinige Grundlage von Menschenrechten definiert, komplementär oder alternativ zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) zu begreifen und daran gar die offizielle Berichterstattung des UN-Menschenrechtsrates auszurichten“* abzulehnen. *“Wir fordern alle Staaten auf, derlei Uminterpretation der Menschenrechte deutlich entgegen zu treten...Das politische Bestreben einiger Islamisten ist zudem, außerhalb muslimisch geprägter Länder, zu versuchen, dem Rechtsstaat quasi rechtsstaatsfreie Zonen abzutrotzen, in denen sie Muslime qua Scharia in der Gemeinschaft (Umma) kujonieren können. Solchen Bestrebungen treten wir entgegen“* (aus dem Antrag). Die Gegenrede zum Hagener Antrag hielt **Omid Nouripour** (u.a. mit der wörtlichen Bemerkung: *“Ihr bezieht den [Antrags-]Text explizit auf den Islam, Ihr bezieht den Text explizit auf die Scharia. Und das ist ein Fehler, und das ist in der Sache so nicht zu halten und das ist zumindest hoch diskussionswürdig!“*), der in der Gülen-Bewegung (hierzu: Fethullah Gülen: Wolf im Schafspelz? Veröffentlicht am 13.2.2013 in Extremismus, Islamismus, Parallelgesellschaft von Serap Cileli. Permanenter Link des Eintrags; die Gülen-Bewegung und die Beteiligung grüner Politiker daran wäre durchaus ein weiteres wichtiges Thema für den AK!) fest verankert zu sein scheint (vgl. WIKIPEDIA: Nouripour). Auch Nouripour verbreitet den Irrglauben, das KT habe etwas mit Religionsfreiheit zu tun. Er verteidigt KT tragende Musliminnen im Staatsdienst, *“weil niemand...wegen der Ausübung religiösen Glaubens bei der Ausübung seiner Berufs benachteiligt werden (Emma 3-4/2004)“* darf.

Es gibt eine Ausnahme zum grünen Mainstream in Sachen KT. Auf der LDK in Bad Krotzingen (Baden-Württemberg) 2006 wurde unter der Überschrift „Farbe bekennen für die Freiheit“ dem Tragen des Kopftuchs eine Absage erteilt. *“Ja zur Gleichberechtigung der Geschlechter – nicht nur innerhalb der Grenzen einer Religion – Ja zur Freiheit – nicht nur innerhalb der Grenzen einer Religion – Nein zu religiösen Symbolen, die die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Frage stellen und Frauen auf ihre Sexualität reduzieren“* (aus dem damals verabschiedeten Antrag).

Selbst **Jürgen Trittin** fühlte sich seinerzeit berufen, Wulffs Islamthese zu unterstützen und gegen dessen Mobber Partei zu ergreifen: *“Das verdient Lob und kein Mobbing von den Rechtsaußen aus der Union* (Spiegel Online 09.10.2010).“ Eine derartige Aussage war wohl eher aus taktischem Kalkül getätigt worden als aus fundierter Islamkenntnis heraus...

Arif Ünal, integrationspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen, sieht in der Einführung des islamischen Religionsunterrichts im größten deutschen Bundesland einen großen Durchbruch und ein wichtiges Signal zur Gleichstellung der Muslime. Zugleich muss er eingestehen: *“Im Moment weiß eigentlich fast keiner, was Islam eigentlich heißt. Jeder hat irgendeine freie Meinung dazu. Die Menschen können ihren Islam irgendwie selber konstruieren. Das darf eigentlich nicht sein“* (Der Islam ist eine innere Angelegenheit Deutschlands, Deutsch Türkische Nachrichten, veröffentlicht 23.02.11, 08:30, aktualisiert 10.03.11, 15:17). **Johannes Kandel** hat in seinem sehr beachtenswerten Einleitungsreferat zur Tagung “Treffpunkt Islamdiskurs am 22.4.13 “von „blauäugigen und/oder islamophilen Unterstützern“ des Islam gesprochen. *“Ich nenne hier nur gewissermaßen stellvertretend aus der Bundespolitik **Claudia Roth** (Grüne)“* (**Johannes Kandel**, Treffpunkt Islamdiskurs 22.4.13).

Eine Episode auf einer Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen im Mai 2013 zum Thema “Rechte Gewalt aus der Sicht der Betroffenen“ verdient hier deswegen eine Erwähnung, weil Hasret Karabucan als Initiatorin der Veranstaltung, Sprecherin der “Grünen MusIminnen“ in NRW, auch Mitglied in der Religionspolitischenkommission sein wird. Karabucan ließ den angemeldeten Teilnehmer Jürgen Grimm durch Wachleute des Saals verweisen, als er nach dem Verhältnis der Grünen zu den “Grauen Wölfen“ fragte. Als Begründung für den Rauswurf gab Karabucan an, Grimm sei “rechtsextrem“, weil er auf PI islamkritische Beiträge veröffentlicht habe. Weder die Referentin, Verena Schäffer (Mdl) noch anwesende Claudia Roth und weitere “hochrangige Veranstaltungsteilnehmer“ intervenierten gegen diesen Rauswurf (Quelle: [Islam! Religion des Terrors](#) Freitag, 7. Juni 2013).

Baustein 6:

Werte- und Kulturrelativismus/Das Multi-Kulti-Konzept

*“Wer die europäischen Werte ablehnt..., der hat immer noch die Möglichkeit woanders zu leben. Wir sollten auch wissen, dass Werterelativismus, also das Gegenteil von Patriotismus, das Ende der Aufklärung bringen wird (**Hüseyin Kocak**, ct 07.02.2011) .“*

Die vorwiegend proislamische Haltung der Grünen fügt sich ein in den Grundtenos zahlreicher – auch als liberal geltender – Massenmedien. Hieraus entsteht eine Haltung oder Stimmung, die geprägt ist von einem Gemisch aus Kritiklosigkeit bis Unwissenheit, Relativierung bisher nicht in Frage gestellter Werte der westlichen Demokratie, einem positiven Vorurteil gegenüber allem Fremden, ein Nachgeben vor den Forderungen der islamischen Verbände, einer Verdrängung der nicht ins Multi-Kulti-Konzept passenden Fakten, einer Art Totschweigen. **Hüseyin Kocak** greift in seinem Buch im Kapitel „Islamfaschismus“(sic!) den letztgenannten Punkt auf. Er *“kritisiert ... scharf die Haltung vieler Linker (gemeint ist nicht die Partei, sondern der Teil des politischen Spektrums), die das Problem durch „Nicht-Thematisierung“ verharmlosten. Er wirft ihnen Verständnis für den “reaktionären“ Islamismus vor, dessen “antiaufklärerischen“ Aspekt er betont“*(www.imprimatur-trier.de/2013/imp130403.html); **Markus Groß**, Rezension zu **Hüseyin Koçak**: Projekt *Euro-Islam*: Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration).

Die Grünen befinden sich mit dieser Haltung in Übereinstimmung mit Autoren wie **Peter Steinfeld**, der die Auffassung vertritt, dass *“man die demokratischen Grundwerte nicht als “Glaubensartikel“ betrachten darf. “Wer damit ebenso kämpferisch umgeht wie der radikale Islam mit seinen heiligen Schriften, der zerstört, was er zu verteidigen vorgebt. Wer auf Toleranz beharrt, für den kann die Toleranz nicht aufhören, wenn ein anderer nicht tolerant sein will“* (**Peter Steinfeld** in SZ 14.01.2010). Es ist erstaunlich, wie im Feuilleton einer der angesehensten deutschen Zeitungen eine derartige Umwertung des Wertes der Toleranz vorgenommen werden kann. **Ulrich Greiner** kommentiert Steinfelds krude Logik mit den Worten: *«Das, mit Verlaub, ist*

*absurd und gleicht dem Ratschlag an die Adresse eines unter die Kannibalen gefallenen Christen, er möge sich fügen und das Tischgebet nicht vergessen“ (Die Zeit 28.01.2010). Kämpferisch geht **H.-P. Raddatz** auf die Überbewertung fremder sowie kleingeredeter eigener Werte ein und konfrontiert hierzu mit interessanten Details zu **Drewermann** und **Ströbele**. **Raddatz** spricht von einer *“pathologischen Toleranz..., die fremde Kulturwerte schon allein deswegen zum Heilsobjekt erklärt, weil sie nicht die eigenen sind... Auf die Frage nach seiner Reaktion zum 11. September 2001 sprach der deutsche Theologe Eugen Drewermann vom Recht der islamischen Welt auf Notwehr gegen die Arroganz des Westens. Hans-Christian Ströbele nahm an einer Berliner Hamas- bzw. Hisbollah-Demonstration teil, an der man auf Arabisch «Juden sind Tiere» skandierte. Bereits konnte sich ein Mitglied des deutschen Bundesverfassungsgerichts «schariatische Elemente» in Recht und Verfassung vorstellen“ (H.-P. Raddatz Weltwoche 09.06.2012). Statt eine kritische Haltung zum Islam einzunehmen, kann man in einigen Leitartikeln zum Thema Islam eine *“Affinität kritischer Intellektueller zu totalitären Systemen“* (**Henryk M. Broder** in Christliches Medienmagazin 09.03.2010) feststellen. **Broder** führt im Zusammenhang mit Schuld und Rücksicht **Günther Grass** an, der *“die Politik dafür verantwortlich gemacht hat, dass aus den “Ausgebeuteten“ Terroristen wurden. Nicht die Muslime, sondern die übrige Welt sei die Ursache des Problems. Die Geschichte des Holocaust und der Kreuzzüge verpflichte dazu, gegenüber dem Islamismus nachsichtig zu sein“* (ebda.).**

Es ist eigenartig, dass gerade Grüne mit säkularen und humanistischen Wurzeln gegenüber dem – orthodoxen – Islam in die Knie gehen und die eigenen Überzeugen zurückstellen. Ein gelungenes Beispiel für die Relativierung bestehender Rechtsprinzipien ist **Marieluise Beck**. Für sie steht fest, dass *“wir uns z. B. mit den berechtigten Ansprüchen der islamischen Religionsgemeinschaften auseinandersetzen und gegebenenfalls unsere Rechtsvorstellungen ändern und anpassen“*(Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, M.L. Beck, GRÜNE über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, 2000, Dt. Bundestag, Drucksache 14/2674, 9.2.2000 <http://dipbt.bundestag.de/dip/21/btd/14/02674.pdf>)“ müssen. Damit schüttet **Beck** aber das Kind mit dem Bade aus, denn mit einer solchen Aussage wäre der Einführung der Scharia in das deutsche Rechtssystem Tür und Tor geöffnet. Derartigen Überlegungen hat der Rostocker Althistoriker **Egon Flaig** in seiner Römerbergrede eine Absage erteilt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt, denn *“Menschenrechte sind weder christlich, noch europäisch, noch islamisch. Sie sind entweder universal oder sie sind nicht. Wenn die Scharia den Menschenrechten übergeordnet ist, dann gibt es eben keine Menschenrechte, dann gilt eben die Scharia“* (**Egon Flaig**, Rede auf den 34. Römerberggesprächen zum Thema Gletung der Menschenrechte in FR 30.10.2006). In der Frage der Menschenrechte kann es niemals einen religiösen oder kulturellen Relativismus geben.

Ein weiteres Beispiel für das Aufgeben von Grundrechten – hier: Freiheit der Kunst – gibt **Daniel Cohn-Bendit**. Die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen durch die französische Zeitung *“Charlie Hebdo“* kommentierte er mit *„Idiotisch... wenn man auf einem Pulverfass sitzt, hat man die Möglichkeit, 30 Sekunden nachzudenken, bevor man ein Streichholz anzündet“* (Stern 20.9.12). **Klingenschmitt** sieht angesichts der Mohammed-Karikaturen und des Mohamedfilms speziell deutsche Linke und die TAZ in der Defensive, weil für sie die Veröffentlichung der Karikaturen *“eine Beleidigung des Islam sei, so der Tenor diverser Kommentare auch in dieser kleinen, aber feinen Zeitung“* (**H.-P. Klingenschmitt** in Taz 20.9.10). Islamkritische Theater- und Kinovorstellungen wurden abgesagt aus Furcht, es könnten beleidigte Muslim_innen dagegen vorgehen. Die Grünen hielten sich vornehm aus der Debatte heraus oder teilten die Auffassung von **Cohn-Bendit**. Resigniert fasst **Klingenschmitt** zusammen: *“Jetzt knickt auch noch die deutsche Linke, die sich erst kürzlich über einen bischöflichen Blowjob, vollzogen (mutmaßlich) am gekreuzigten Heiland (Titanic), kollektiv köstlich amüsierte, angeblich aus (ganz falsch verstandener) Rücksichtnahme auf vermeintlich verletzte religiöse Gefühle (hä!?) ein!?“*(ebda.).

Mit einer derartig devoten Einstellung wird verkannt, dass *„die von massiven Gewaltdrohungen untermauerten islamistischen Erpressungsmanöver...auf den Kern der säkularen Verfasstheit*

unserer Gesellschaft und damit auf die Grundfesten unserer Freiheit“ zielen (**Richard Herzinger** in: Die Welt 21.09.12).

Auf die von **Friedrich Merz** seinerzeit angestoßene Leitkulturdebatte wurde auf grüner Seite ähnlich wie auf Sarrazin reagiert. Statt sich inhaltlich auf die dahinter liegende Problematik einzulassen – der Begriff “Leitkultur“ wurde von Merz tatsächlich einer Forderung des Muslimen **Bassam Tibi** nachempfunden und nachträglich „germanisiert“, was Tibis Intentionen diametral entgegenliefe, eine grund- und menschenrechtsfundierte “Leitkultur“ für alle Menschen in Deutschland zur Verpflichtung zu machen –, wurde die Forderung nach einer Leitkultur durch die grüne Partei als Ausgeburt nationalistischer Denkweise diskreditiert. Leitkultur-Merz mokierte sich angesichts der Kehrtwendung bezüglich der von Cem in seinem Antrag (vgl. Baustein 5) geforderten Sprachkompetenz darüber, “dass Ihr Grüne "den Schlüssel für die Integration", nämlich “das Erlernen der deutschen Sprache...noch vor zehn Jahren als “Zwangsgermanisierung’ verunglimpft und abgelehnt habt“ (vgl. **Klingenschmitt** a.a.O.).

Wenn eine türkischstämmige Autorin wie **Sema Meray** sich kritisch zu Teilen ihrer muslimischen Landsleute, in deren Kultur sie aufgewachsen ist, und zur Integrationspolitik ihrer neuen Landsleute äußert, dann kommt solchen Überlegungen besondere Bedeutung zu. Sie spricht sich gegen die Relativierung von Toleranz gegenüber dem Islam aus. Für sie stellt der Verzicht auf “Konfrontation“ mit den Eingewanderten eine Sackgassenstrategie dar. Sie prangert die *falsche Toleranz des unzeitgemäßen Gutmenschentums* an, das vor den Ergebnissen der Studie vom Leiter des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer (kfn.de/versions/kfn/assets/jungetuerken.pdf-Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt **Christian Pfeiffer/Peter Wetzels**) die Augen verschließt. “Wir sollten die Fakten genau anschauen und der Entwicklung, die gegen unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft geht, mit klaren Worten und Taten entgegenzutreten.“ **Meray** geht am Ende ihrer Kritik nochmals auf das aus ihrer Sicht starke Ungleichgewicht in Sachen Toleranz ein, das zwischen den Tolerierenden und den Tolerierten besteht. “Solange wir weiter zulassen, dass noch mehr Moscheen gebaut werden, ohne dass ein Fünkchen Toleranz von muslimischer Seite gegenüber den “Ungläubigen“ gezeigt wird, die immerhin in der Überzahl und im eigenen Land leben, bereiten wir mit unserer falschen Toleranz den roten Teppich für eine Religion, die es zur Aufgabe hat, sich auszubreiten, sanft, aber bestimmt, und die glaubt, dass irgendwann die Zeit der „Ungläubigkeit“ beendet sein wird“ (**Sema Meray**, Falsche Toleranz löst Probleme der Integration nicht - Unwillige Migranten, in: Die Welt online 21.06.10). Selbst eine wissenschaftliche Institution wie das Deutsche Orient-Institut hält es für “inakzeptabel“, dass man den Muslimen die Toleranz abverlangt, die ihnen selbst zuteil wird“ (**H.P. Raddatz**, Weltwoche 09.06.2012). Dabei müsste die Maxime von **Popper** – “Wir sollten daher im Namen der Toleranz das Recht für uns in Anspruch nehmen, die Unduldsamen nicht zu dulden (**Karl R. Popper** zit.nach Die Welt 23.9.2006 Aus: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Mohr Siebeck, Tübingen)“ – auch für die Grünen zur Grundlage im Umgang mit – islamischen - Gruppen und Organisationen gemacht werden.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter **Dieter Grimm** greift aus verfassungsrechtlicher Sicht das Problem auf, wenn Positionen von Minderheiten auf Kosten derer von Mehrheiten durchgesetzt werden sollen. Was darf “das Fremde“ vom “Eigenen“ verlangen und wo sind Grenzen zu ziehen. Ausgehend vom Umgang mit der Freiheit im Grundgesetz, hält er fest, “dass sich die Freiheit aller nur garantieren lässt, wenn keine einzelne Freiheit unbegrenzt ist. Da jede Freiheit, auch die religiöse, in Konflikt mit anderen Freiheiten oder derselben Freiheit anderer geraten kann, sind gesetzliche Beschränkungen zur Verhütung von Freiheitsmissbrauch und zur Wahrung wichtiger Gemeinschaftsgüter nötig und zulässig.“ Von Einwanderern verlangt er auf die Belange der einheimischen Bevölkerung einzugehen und letzteren nicht eigene kulturelle Gepflogenheiten zu oktroyieren. Den Spielraum für Toleranz sieht Grimm in diesen Fragen eher begrenzt. Es verbietet sich daher, “wollte eine Minderheit zur Wahrung ihrer kulturellen Identität ihren Mitgliedern Verhaltensweisen verbieten oder aufrötigen, die gerade den fundamentalen Freiheits- und Gleichheitsverbürgungen der einheimischen Rechtsordnung entgegenstehen. Die

Gesellschaft ist nicht gezwungen, zur Anerkennung fremder kultureller Identität die eigene Identität aufzugeben. Im Bereich der Gleichberechtigung werden sich dafür besonders viele Beispiele finden. Die Zwangsverheiratung von Mädchen, rituelle Verstümmelungen, Ausschluss von höherer Bildung, aber auch entehrende Strafen oder Meinungs- und Informationsverbote dürfen daher selbst dann nicht toleriert werden, wenn sie religiöse oder sonstige kulturelle Wurzeln haben.“ Grimm stellt die Eingewanderten vor die klare Alternative: *“Nicht alle Kulturkonflikte lassen sich harmonisch lösen. In bestimmten Kernbereichen bleibt nur die Alternative von Anpassung oder Wegzug“* (**Grimm**, Der andere darf anders bleiben Zeit 17.02.2000). Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt der ZEIT-Redakteur **Ulrich Greiner** in seinen Ausführungen anlässlich von Wulffs Islamrede bezüglich der Schwierigkeiten in der Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen. Angesichts unüberbrückbarer Differenzen zwischen diesen Kulturen bleibt als ultima ratio für ihn nur, dass es *“der Respekt voreinander gebietet..., die Unterschiede gelten zu lassen, und das heißt auch: nicht eine Kultur einverleiben zu wollen, die ihr eigenes Recht und ihre eigene Tradition besitzt“* (**Ulrich Greiner**, Wulffs Rede zur Einheit – Unser Islam? Die Zeit, 7.10.2010).

Geradezu alarmiert zeigt sich **Ralph Ghadban**, selbst arabisch-libanesischer Herkunft, über die Ergebnisse seines Forschungsprojekts zu Problemen der Integration. *“Die westliche Gesellschaft muss unmissverständlich deutlich machen, dass sie nicht akzeptieren wird, dass Zuwanderer, die sie aufnimmt und unterstützt, sich in Parallelgesellschaften zurückziehen, die die westliche Kultur verachten, ja, bekämpfen“* (**Ralph Ghandban**, Dozent an der "Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik in pro: Christliches Medienmagazin v. 29.04.2008). Man muss sich vergegenwärtigen, dass diese Entwicklungen auch innerhalb von acht Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung geschahen. In ihrem Beitrag *“Was ist Menschenrechtsfundamentalismus?“* (27.01.201· 07:20 Uhr www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton) beklagt **Cora Stephan**, wie halbherzig einige Feuilletonisten mit der Verteidigung westlicher Werte umgehen. Der Begriff *“Menschenrechtsfundamentalismus“* wird dort als Kampfbegriff gegen diejenigen benutzt, die sich für die Erhaltung eben dieser Rechte einsetzen. Aus demselben Lager kommen auch Begriffe wie *“Hassprediger“* oder *“antimuslimischer Kulturrassismus“*. *“Was wäre an diesen “westlichen Werten“ falsch, die manch einer nur noch in Anführungszeichen setzt... Der Westen hat eine Achillesferse: das Individuum und dessen Rechte. Diese Menschenrechte brauchen im fundamentalen Sinne Schutz - meinetwegen kann man das auch "Menschenrechtsfundamentalismus" nennen“* (ebda.).

Zum Schluss noch ein kurzer Blick auf das Multikulti-Modell der Grünen. Hierüber besteht keinerlei Einheitlichkeit. Während **Künast** den Begriff verwirft – *“Ebenso unscharf wie "deutsche Leitkultur", antwortete Künast auf Nachfrage eines Journalisten, sei der Begriff der "multikulturellen Gesellschaft", der von vielen Grünen aus eben diesem Grund nicht mehr verwendet werde“* (FAZ 31.1.10) – hält **Claudia Roth** konsequent daran fest. *“Die Bundesrepublik ist von einer großen Vielfalt von Lebensstilen und Lebensentwürfen gekennzeichnet. Es geht jetzt darum, Multi-Kulturalität als Chance zu begreifen und sie demokratisch und in gegenseitigem Respekt zu gestalten“* (<http://www.rp-online.de/politik/deutschland/claudia-roth-multikulti-ist-realitaet-20.10.10>). Schon 2006 gab es einen Versuch, das Multikulti-Modell zu begraben. In einem grünen Papier mit dem Titel *“Perspektive Staatsbürger - Für einen gesellschaftlichen Integrationsvertrag“* sollte der *“schmale Grat zwischen Blauäugigkeit und Aktionismus“* (**Omid Nouripour**) beschriften werden. Folgen hat das Papier bis heute keine. Für **Ghadban** war das Multikulti-Modell im Kern falsch, weil es *“eine Grundlage unserer Demokratie, nämlich die Religionskritik, weitgehend zerstört und die Religionskritiker kriminalisiert“* hat (**Ralph Ghadban**, Deutschland ist kein Hotel in taz 02.12.2004).

Zum Abschluss dieses Bausteins komme noch einmal **Seran Ates** zu Wort. Im Gegensatz zu Äußerungen islamischer Verbandslobbyisten (vgl. Baustein 8) zum Verhältnis von Demokratie, Toleranz und Religionskritik vertritt Seran Ates eine Position, die jede_r Grüne nur unterschreiben

kann. *“Demokratie darf sich nicht verleugnen. Es gibt im Westen längst eine fatale Tendenz dazu. Man knickt vor den Fundamentalisten ein und warnt stattdessen vor respektloser Religionskritik... Ich ärgere mich am meisten über die Masse der Ignoranten, die sich einschüchtern lassen. Die Provokateure und die Fanatiker kommen für mich an zweiter und dritter Stelle. Schlimmer sind die Gleichgültigen, die nicht mitwirken an der Stärkung unsere Demokratie. Schlimmer sind die Relativisten, die nicht aufstehen, um die Meinungsfreiheit zu verteidigen... Es muss aufhören, dass im Westen nur muslimische Kopftuchfrauen sichtbar sind und dass nur als Muslim gilt, wer ständig den Koran vor sich herträgt... Ich glaube, dass wir Muslime einen viel toleranteren Gott haben, als viele denken“* (**Seyran Ates** zeit online 20.9.2012).

Baustein 7: Islamkritik

Bemerkung: Für alle angeführten Autor_innen gilt, dass sie ihre Kritik an Muslim_innen nur auf eine Minderheit beziehen. Gleichzeitig betonen alle Autor_innen, dass sich die Mehrheit der Muslim_innen organisieren muss, um den Verbänden und Fundamentalisten die Meinungsführerschaft zu nehmen.

In diesem Baustein geht es sowohl um die Kritik am Islam wie auch um die Furcht vor Islamkritik.

“Die Idee der Gemeinschaft ist im Islam archaisch, autoritär und totalitär“ (**Henryk M. Broder** in Christliches Medienmagazin 09.03.2010).

*Der junge libanesische Muslim und Dichter **Yahya Hassan** rechnet ab mit der Generation seiner Eltern, die einer Religion angehören, die nach seinem Verständnis vor einigen hundert Jahren aufgehört hat, sich zu verändern. Und er prangert die Heuchelei seiner Elterngeneration an. *“Die Kinder werden mit Gewalt erzogen, die erwachsenen Männer huren herum, klauen und trinken“*, erklärte Hassan in einem Interview mit der dänischen Tageszeitung *“Politiken“*, das Anfang Oktober erschien und den medialen Sturm erst auslöste. Am Abend dann würden sie in die Moschee gehen und um Vergebung bitten. *“Ich bin fucking wütend auf die Generation meiner Eltern“*, sagt Hassan in dem Interview auch. Seine Eltern und die viele seiner Freunde aus dem *“Araberghetto von Aarhus“*, wie er es nennt, hätten sich dem Koran verschrieben, gleichzeitig aber alles getan, um den Staat übers Ohr zu hauen und Sozialhilfe abzuzocken oder eine Frühverrentung zu erreichen“* (**Yahya Hassan**, libanesischer Flüchtling aus Aarhus, in einem Interview in Handelsblatt 08.12.2013).

Wollte in Deutschland jemand den Islam derart kritisieren – und dies auch noch als Grüner – würde er als fundamentalaufklärerisch, islamophob, rassistisch etc. etikettiert. *“In den intellektuellen und politisch einflussreichen Kreisen Europas herrscht inzwischen eine Stimmung, die jede Kritik am Islam wahlweise als *“rassistisch“*, *“Gefahr für die Demokratie“*, *“ausländerfeindlich“* oder gar *“rechtsradikal“*, zumindest aber als *“Panikmache“* abtut. Zweifellos gibt es eine Form von Islamkritik, die sich rassistischer Klischees bedient, doch damit jedwede Kritik zu desavouieren, verhindert die inhaltliche Auseinandersetzung... Wir müssen Werte wie Vielfalt, Toleranz, Pluralismus und Demokratie offensiv verteidigen“* (**Klemens Ludwig** Die Welt 10.04.2013).

Über die Gründe, den Islam fast kritiklos zu akzeptieren, kann nur spekuliert werden: Furcht, die eigene Ideologie könnte angesichts einer ihr entgegengesetzten Realität ins Wanken geraten? Furcht vor dem Vorwurf, aus der Nazivergangenheit nichts gelernt zu haben? Furcht vor Wähler_innenverlust? Furcht, in die rechtsextremistische Ecke gerückt zu werden? Solche Reaktionen sind als klassischer Abwehr- und Verdrängsreflex bekannt. Insbesondere der Vorwurf der Islamophobie wird vorschnell erhoben. Dabei wird übersehen, wie dieser Begriff zustande kam und welche ideologische Funktion ihm zugedacht ist. *“Ende der siebziger Jahre haben iranische Fundamentalisten den Begriff der Islamophobie erfunden, den sie sich von der *“Xenophobie“* abgepaust haben. Sein Ziel ist, den Islam zu etwas Unantastbarem zu erklären. Wer diese neu gesetzte Grenze überschreitet, gilt als Rassist. Dieser einer totalitären Propaganda würdige*

Begriff lässt absichtlich offen, ob er auf eine Religion zielt, ein Glaubenssystem, oder auf die Gläubigen aller Herren Länder, die ihr angehören“ (Pascal Bruckner in perlentaucher.de, Die Erfindung der Islamophobie, 13.12.2010). Aus dieser Abwehrhaltung heraus, den Islam kritisch anzugehen, fand innerhalb der Grünen kaum eine Rezeption von Islamkritikern wie Ralph Ghadban, Bassam Tibi, Christine Schirrmacher, Hartmut Krauss, Klemens Ludwig, Alice Schwarzer, H.M.Broder, Abdel-Samad, Ayan Hirsi Ali u.v.a. statt.

Eine weitere Folge dieser Tabuisierung besteht darin, dass Islamkritik rechten Bewegungen überlassen wurde. Dabei müsste eine Partei wie die Grünen, die sich der Aufklärung und dem Humanismus verpflichtet fühlt, die sich eher im linken Spektrum verortet, an der Spitze der Kritik am Islam stehen. Aber: *“Die Linken sind an einem echten Dialog mit dem Islam gar nicht interessiert. Um einen solchen Dialog zu führen, müssten sie sich mit religiösen Inhalten auseinandersetzen, wozu sie verständlicherweise nicht bereit sind. Da eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht möglich ist, spannen sie den Islam für ihre politischen Ziele ein. Wenn die Linken ihre Glaubwürdigkeit in puncto Religion nicht gänzlich verlieren möchten, täten sie gut daran, sich auf ihre atheistischen Wurzeln zu besinnen und konsequent ihre atheistischen Überzeugungen zu vertreten. Damit würden sie ihrer historischen Mission, einen säkularen Staat zu schaffen und ihn gegen seine Feinde zu verteidigen, genüge tun“ (Alexander Ulfig, <http://www.Freitag.de/kultur/de/1003-der-atheismus-der-linken> 27.01.2010).*

Hartmut Krauss wirft den Linken sogar vor, gar keine Linken mehr zu sein. Sie würden sich *“durch ihrer Islamophilie... noch dazu als Steigbügelhalter des orthodoxen Islam“* betätigen... *Die islamophilen Sozialdemokraten und Grünen sind keine “Linken“, sondern Protektionisten einer durch und durch reaktionären Herrschaftskultur“ (Hartmut Krauss in citizen times 4.6.13).*

Der von den Grünen ebenfalls weitgehend ignorierte **Bassam Tibi** – *“Ich selbst bin Muslim. Mich kann man nicht, wie Fortuyn, verdächtigen, ich wolle Muslime ausgrenzen“* – geht in einem Aufsatz den Gründen für die Verzagtheit der Islamkritik nach. *“Erstens: die Schuldgefühle der Christen, vor allem der deutschen Protestanten, in Bezug auf die unrühmliche Vergangenheit ihrer Kirche im “Dritten Reich“. Nie wieder will man in die Gefahr kommen, andere Religionen zu diskriminieren. Hier stellt sich freilich die Frage, warum es Islamisten, die ja militante Antisemiten sind, gestattet sein soll, moralisches Kapital aus dem vergangenen Leiden der Juden zu schlagen. Zweitens: die gesinnungsethisch verordnete Fremdenliebe der Deutschen, die es ihnen verbietet, zwischen demokratischen und undemokratischen Ausländern und Kulturen zu unterscheiden. Drittens: die Angst der christlichen Kirchen vor Machtverlust. Wenn nämlich der Anspruch des organisierten Islam, alle Muslime im Rahmen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu vertreten, zurückgewiesen wird, bliebe dies im Sinne der Gleichbehandlung nicht ohne Folgen für die Kirchen. Wer den Monopolanspruch der orthodoxen Muslime bestreitet, gefährdet das entsprechende christliche Monopol“ (Bassam Tibi: Selig sind die Belogenen – Der christlich-islamische Dialog beruht auf Täuschungen - und fördert westliches Wunschdenken in: Die Zeit, 31.05.2002).*

Diese Diagnose könnte die ausgebliebene Islamkritik der Grünen plausibel erscheinen lassen. In einem später veröffentlichten Buch bekennt sich Tibi persönlich zu den westlichen Werten und sieht für ein friedliches Zusammenleben zwischen Europäern und Muslimen nur den Säkularstaat als Basis. *“Weil Europa mir auf der Basis von Säkularität und Demokratie individuelle Freiheit gewährt, bekenne ich mich zu europäischen Werten und trete gegen jede Islamisierung Europas ein. Ohne Umschweife müssen die Europäer Muslimen ein ähnliches Bekenntnis abverlangen. Zugewanderte Muslime und Europäer können nur im Rahmen einer säkularen Demokratie in Frieden miteinander leben“ (Bassam Tibi, Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die europäische Union Darmstadt, 2005, S.56).*

Solche Überzeugungen sucht man bei den Grünen vergebens. In einem weiteren Artikel mit dem bezeichnenden Titel *“Zu viel Poesie – zu wenig Selbstkritik“* zeichnet **Tibi** die Entwicklung des Islam nach. Er konstatiert, dass sich seit den 70er Jahren der Islam zu einer *“Gottesherrschaft in*

einem islamischen Scharia-Staat“ entwickelt hat... *Das ist der neue Totalitarismus. Er ist eine neue Spielart des alten Traums von der Erweiterung des Dar al-Islam* (die unter islamischer Herrschaft stehenden Gebiete. M.K.) *durch Islamisierung auf den gesamten Globus“* (**Bassam Tibi** in: Die Zeit Nr.49/2004).

Josef Ludin spricht dem Islam schlichtweg sämtliche Werte und Errungenschaften ab, die in der westlichen Welt Standard sind. Er sieht wie **Sloterdijk** und **Diner** (vgl. Baustein 4 Kopftuch) eine Stagnation im Islam, die zu seiner allseitigen Rückständigkeit geführt hat. Der Islam habe „zivilisatorisch... versagt, die Moderne seit der Renaissance verpasst“ und *“die Freiheit, Kern der europäischen Aufklärung, ist ihm fremd.“* Außerdem gehöre er nicht nach Europa, weil ihm *“die Trennung von Politik und Religion wesensfremd ist.“* Eine These, die auch in grünen Kreisen diskussionswürdig wäre! **Ludin** schließt mit der vernichtenden Feststellung, dass *“überall, wo der Islam in den letzten 600 Jahren “zivilisatorisch“ gewirkt hat, hat er Armut, Analphabetismus und Rückständigkeit hinterlassen“* (**Josef Ludin** Die Welt 2.5.2011; der Autor wurde 1951 in Afghanistan geboren und kam 1960 nach Deutschland. Als Nervenarzt und Psychoanalytiker arbeitet er derzeit in Zürich, als Lehranalytiker ist er in Paris und Berlin tätig).

Den Mangel an zivilisatorischen Errungenschaften im weiteren Sinn innerhalb der arabischen Welt hat **Alain Posener** an der Tatsache festgemacht, *“dass allein das Trinity College in Cambridge 32 Nobelpreise eingeehmt hat. Das sind dreimal so viele wie die ganze muslimische Welt, wenn man die Friedenspreise mitzählt, sechsmal so viele ohne“* (**Alain Posener** in: Die Welt 14.8.2013).

Die folgende Äußerung von **Ibn Warraq** würde sicherlich von einem grünen Oberzensor auf den Index gestellt werden: *“Es ist jetzt 17 Jahre her, seit ich das erste Mal darüber geschrieben habe, was es bedeutet, wenn man sich auf die Forderungen von Muslimen einlässt, die im Westen leben; inzwischen ist offensichtlich, dass viele nicht vorhaben, sich an die sie empfangende Gesellschaft zu assimilieren. Stattdessen beharren sie darauf, dass sich das Gastland anpassen muss, indem es ihnen Sonderrechte und Privilegien gewährt“* (<http://www.welt.de/die-welt/debatte/article6777055/Lust-auf-Scharia.html>).

Klemens Ludwig streicht einen Aspekt islamischer Staaten heraus, den hiesige Kritiker der Islamkritik gern unter den Tisch fallen lassen. Gleichzeitig plädiert er wie so viele für das, was abschätzig Leitkultur genannt wird. *“Es gab und gibt keinen Staat mit muslimischer Mehrheit, der Pluralismus lebt und Minderheiten gleichberechtigt behandelt. Diese Feststellung “islamophob“ zu nennen verhindert jeden Dialog... Es gibt historisch und aktuell keinen Staat mit islamischer Bevölkerungsmehrheit und einer pluralistischen Ordnung, die Nichtmuslime gleichbehandelt. Das festzuhalten ist nicht “islamophob“, sondern historische Redlichkeit“* (**Klemens Ludwig** in: Die Welt 10.04.2013).

Ein ganz böser Tipp aus den eigenen Reihen kommt von dem deutsch-türkischen Schriftsteller **Pirincci**: *“Man muss diesen Leuten einfach sagen: Entweder ihr spielt das Spiel nach unseren Regeln oder ihr geht dahin zurück, wo ihr euer eigenes Spiel spielen könnt“* (**Akif Pirincci** in Wanus 23.09.2013). Ähnlich äußerte sich auch der in Marokko geborene **Ahmed Aboutaleb**, Muslim, Sozialdemokrat und derzeit Bürgermeister von Rotterdam: *„Wer die Werte einer offenen Gesellschaft wie der niederländischen nicht teilt, täte gut daran, daraus die Konsequenzen zu ziehen und fortzugehen“* (<http://www.welt.de/die-welt/debatte/article6656639/Das-Unbehagen-der-Niederlaender.html>)

Eine derartige Feststellung hat im Nachbarland keineswegs solche Wellen geschlagen, wie dies wohl der Fall gewesen wäre, hätte in Deutschland ein **Thilo Sarrazin** so gesprochen. Im Gegenteil: *“Wenn einer damals [positiv] gewirkt hat, war es der heutige Bürgermeister von Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, der sagte: Wenn es hier Menschen gibt, die diese Gesellschaft so grundsätzlich ablehnen, dass sie nicht hier leben wollen - jeden Tag gehen Flugzeuge, man muss hier nicht bleiben. Das war wichtig. Das hat den Laden zusammengehalten.“* (der ndl. Soziologe **Paul Scheffer**, DIE WELT, 9.6.10)

Ein weiterer wunder Punkt im Strudel der Verdrängung unliebsamer Tatsachen auf grüner Seite ist das **Verhältnis zwischen Moslems und Juden**. Selbst vor entsprechenden Zahlen und Fakten verschließen die Tabuisierer gern die Augen. **Ahmad Mansour**, selbst Moslem und daher jeglicher Islamfeindschaft unverdächtig, hat dieses Verhältnis thematisiert, auch wenn es nicht ins Bild der Tabuisierer passt: *“Seit Jahren arbeite ich als Psychologe mit arabischen Jugendlichen. Die Vorurteile gegen Juden sind bei ihnen sehr verbreitet. Statistisch gesehen vertreten Muslime doppelt so häufig antisemitische Einstellungen wie die »Mehrheitgesellschaft«...“* *“Für unsere diese Woche gesendete ARD-Doku Antisemitismus heute – Wie judenfeindlich ist Deutschland? - haben wir Islamverbände um Interviews zum muslimischen Juden Hass angefragt. Nicht eine Antwort haben wir erhalten! Dabei sind gerade wir als Muslime gefragt. Wir müssen laut und deutlich sagen: Wir stellen uns vor unsere jüdischen Freunde! Darüber hinaus braucht es in den Schulen auch spezifische pädagogische Konzepte, um den spezifischen Ursachen des muslimischen Antisemitismus adäquat zu begegnen“* (**Ahmad Mansour** in Jüdische Allgemeine 31.10.2013).

Diesem Sachverhalt geht auch **Lamya Kaddor** nach, die dazu auffordert: *“Wir Muslime müssen mehr gegen die Judenfeindschaft in den eigenen Reihen tun“* (Zeit 28.11.2013 Nr.49).

Abdel-Samad beklagt die Tatsache, dass in den Massenmedien kaum ein islamkritischer Diskurs stattfindet. *“Zwar wurden einige äußerst seltene islamkritische Beiträge in den Mainstream-Medien veröffentlicht, doch bald hatte sich meine Befürchtung bestätigt: In Europa wird ein Maulkorb schneller gefertigt als jedes Gegenargument...Islamkritik halte ich nicht für das Hauptproblem des Islam, sondern für einen Spiegel dieses Problems“* (**Hamed Abdel-Samad** in: welt online 16.2.10).

Aus verfassungsrechtlicher Sicht meldet der Ex-Verfassungsrichter **Ernst-Wolfgang Böckenförde** Bedenken an. Er befürchtet, dass unter gewissen Bedingungen durch die Inanspruchnahme der Grundrechte diese am Ende auf der Strecke bleiben könnten. Daher muss für Böckenförde der Staat *“dafür Sorge tragen, dass die Angehörigen des Islams durch geeignete Maßnahmen im Bereich von Freizügigkeit und Migration – nicht zuletzt im Hinblick auf die Türkei – in ihrer Minderheitenposition verbleiben, ihnen mithin der Weg verlegt ist, über die Ausnutzung demokratischer politischer Möglichkeiten seine auf Offenheit angelegte Ordnung von innen her aufzurollen. Darin liegt nicht mehr als seine Selbstverteidigung, die der freiheitliche Verfassungsstaat sich schuldig ist“* (**Ernst-Wolfgang Böckenförde**, o.O., 22.4.2009 in der Besprechung des Buchs von **Lukas Wick**, Islam und Verfassungsstaat, Würzburg 2009).

Die eine oder andere Meldung aus dem Alltag im Umgang mit dem Islam wäre vielleicht hie und da eine PM der Grünen Wert gewesen. Hierzu einige Beispiele:
In der Volkshochschule Marzahn-Hellerdorf wurden Gemälde nackter Frauen mit der Begründung abgehängt, *“man wolle Rücksicht auf die Gefühle muslimischer Frauen nehmen* (**Tagespiegel** 10.11.2013).“

Im Ikea-Katalog wurden für die Ausgabe in Saudi-Arabien die Abbildung einer Frau in einem herausretuschiert (Kein Platz für Frauen im **Ikea-Katalog FR 2.10.12**).

Eine Muslima klagte gegen die Aufforderung, im Fitnessstudio ihr KT abzulegen. Die Klage wurde abgewiesen, weil *“die Aufforderung, das Kopftuch im Fitnessstudio abzulegen, ...nicht religiös motiviert gewesen“* sei (**www.nordsee-zeitung.de von Klaus Mündelein**).

Für den Roman von **H.-Z. Ilmi**, The Thirty-Third Marriage of Donia Nour findet sich weder in Europa noch in den USA ein Verleger, weil der Autor in witzig-ironischer Weise mit dem Islamismus abrechnet, bedroht wird und dies auf mögliche Verleger abfährt.

Voltaire hat vor 273 Jahren einen bissigen Kommentar zum Islam abgegeben. Ob er heute Opfer des politisch Korrekten werden würde?

“Doch dass ein Kamelhändler in seinem Nest Aufruhr entfacht, dass er seine Mitbürger glauben machen will, dass er sich mit dem Erzengel Gabriel unterhalte; dass er sich damit brüstet, in den Himmel entrückt worden zu sein und dort einen Teil jenes unverdaulichen Buches empfangen zu haben, das bei jeder Seite den gesunden Menschenverstand erbeben lässt, dass er, um diesem Werke Respekt zu verschaffen, sein Vaterland mit Feuer und Eisen überzieht, dass er Väter erwürgt, Töchter fortschleift, dass er den Geschlagenen die freie Wahl zwischen Tod und seinem Glauben lässt: Das ist nun mit Sicherheit etwas, das kein Mensch entschuldigen kann, ... es sei denn, der Aberglaube hat ihm jedes natürliche Licht (des Verstandes) erstickt“ (VOLTAIRE, der große europäische Aufklärer, im Jahre 1740 in einem Brief an Friedrich den Großen, zitiert aus: Der Spiegel vom 22. Dez. 2001, Artikel „Der Glaube der Ungläubigen“).

Baustein 8: Die islamischen Verbände (iV)

“Der türkische Staat baut aber auch fleißig Moscheen und exportiert den Islamismus über Imame nach Deutschland. Er möchte auch Schulen bauen und später sollen türkische Kindergärten folgen. So etwas zeigt, dass die Regierung in Ankara uns Türken in Deutschland mitregieren möchte. Das, was die Osmanen durch ihre Kriege gegen den Westen nicht geschafft haben, die Islamisierung Europas, möchte Erdogan zweifellos mit solchen Maßnahmen, durch die Einwanderung muslimischer Bürger nach Europa, sowie durch einen EU-Beitritt seines Landes schaffen. Länder wie Dänemark, Schweden oder Belgien, die wenig Einwohner haben, aber von einer massiven Einwanderung durch Muslime betroffen sind, sollen die ersten islamischen Länder in Westeuropa werden. Wenn die nicht-muslimische Bevölkerung die Minderheit im eigenen Lande ist, dann soll es ihnen genauso ergehen wie heute den Kopten in Ägypten, den Chaldäern im Irak oder den Armeniern in der Türkei“ (Hüseyin Kocak ct 07.02.2011).

Mit der Kritik seitens der Grünen an den iV verhält es sich wie mit dem Islam insgesamt: kaum kritische Distanz, dagegen Schönfärberei und bedenkenlose, durch keinerlei Kenntnisse über den Islam und die Ideologie seiner Verbände getrübe Zusammenarbeit. Die Verbände selbst vertreten nur 5 bis max. 10% der hier lebenden Muslime. Der besonders oft sich über seinen Vorsitzenden **Ayman Mazyek** öffentlich zu Wort meldende „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD) „vertritt derzeit 21 Organisationen mit insgesamt etwa 15.000 bis 20.000 Mitgliedern. Das entspricht rund ein bis zwei Prozent der hier lebenden Muslime“ (<http://www.islamdebatte.de/akteure/organisationen/zentralrat-der-muslime-in-deutschland-zmd/>). Die große Mehrheit der Muslime ist nicht in den Moscheevereinen organisiert. *“Da die muslimische Gemeinschaft keine den Kirchen vergleichbare Mitgliedschaft noch Hierarchie kennt, ernennt sich der organisierte Islam damit selbst zum Dialogpartner für die Kirche und zum Ansprechpartner für den Staat, obwohl doch eine Mehrheit von mindestens 90% aller Muslime in Europa nicht von einer dieser Organisationen vertreten werden möchten“ (Christine Schirmacher, Islam in Europa als Herausforderung a.a.O.).*

Ähnliche Befürchtungen äußert auch **Ezhar Cezairli** gegenüber der Vorgehensweise der Verbände. Diese besteht darin, aus sozialen Problemen solche der Religion zu machen, um sie dann als Vertretung der Moslems zu diskutieren. *“Es gibt die starke Tendenz, soziale Probleme religiös umzuformulieren und sie damit unter die Zuständigkeit der religiösen Verbände zu bringen. Das aber ist ein Etikettenschwindel, gegen den wir uns wehren müssen“ (Cezairli, Ezhar, FAZ 27.4.07).* Außerdem bestehen verbandsinterne Gegensätze, die aus dem 2007 gegründeten „Koordinierungsrat der Muslime“ resultieren, in dem sich vier Verbände zusammengeschlossen haben, was allerdings über den Kopf von ca. 3,3 Millionen Muslim_innen in Deutschland geschehen ist. *“Dieser Dachverband ist eine künstliche Verkirchlichung“ (ebda.).*

Die iV dominieren den Dialog zwischen Regierungen, Kirchen und anderen Institutionen. Die Muslimverbände erhalten dabei Unterstützung von einer unorganisierten Allianz selbsternannter Verteidiger des Islam und Kritiker der so genannten „Islamkritiker“ aus Politik, Wissenschaft, Kirchen, NGOs und Medien. Sie nehmen Einfluss auf die öffentliche Meinung, auf Schulen und Universitäten sowie auf Moscheevereine. Der von den iV geführte Dialog mit den o.a. Organen ist *“nicht nur verlogen, sondern auch in höchstem Maße undemokratisch“ (Bassam Tibi, Die Zeit 23/2002).* Auch wenn das folgende Beispiel aus den USA stammt, ist es als Beleg für die von **Tibi** angesprochene Verlogenheit hervorragend geeignet. Der Imam **Mohamed Magid**, Präsident der „Islamic Society of North America“ (ISNA), einem der politisch einflussreichsten Dachverbände in den USA, verurteilte das Bostoner Massaker mit Verweis auf die Sure 5,32, dass die Tötung von Menschen gegen Gottes Wille sei. Allerdings verschwieg er die Fortsetzung dieser Sure: Denjenigen, „die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und auf der Erde umherreisen,

um Unheil zu stiften“, wird Kreuzigung und das Abhacken von Händen und Füßen angedroht (**Kandel**, a.a.O.).

Es ist zu befürchten, dass die iV auf die Mehrheit der Muslime großen Druck ausüben, was deren Zurückhaltung mit öffentlicher Kritik erklären könnte.

Die iV treiben auch wesentlich den Prozess zur „politischen Islamisierung“ Europas“ voran: *“Europa, das vor einem stillen Islamisierungsprozess steht und nichts dagegen tun kann und will.“* Hieran beteiligt sind „Organisationen wie die konservative Vereinigung Milli Görüs“ (**Bassam Tibi** a.a.O.). Ähnlich wie **Tibi** misstraut auch **Kocak** den *“öffentlichen Bekenntnisse zu Toleranz und Religionsfreiheit islamischer Verbände,“* die man nicht *„allzu ernst zu nehmen“* habe (**Hüseyin Koçak** a.a.O.). **Serap Cileli** sieht in den Aktivitäten der Verbände keinerlei Bereitschaft, über gesellschaftliche und religiöse Probleme zu diskutieren. Vielmehr sieht sie deren *“Fernziel..., als Körperschaft des öffentlichen Rechts, ähnlich den christlichen Kirchen, anerkannt zu werden und Privilegien zu genießen“* (**Serap Cileli** a.a.O. Pro christliches Magazin).

Die iV nehmen auch Jugendliche gezielt ins Visier, wie **Süleyman Ates**, Lehrer für herkunftsprachlichen Türkisch-Unterricht in einer Kölner Gesamtschule, berichtet, täglich würden Schüler_innen über ihre Erlebnisse in den Moscheevereinen erzählen. Dies färbt auf den Schulalltag ab. *“Immer mehr Jugendliche tragen ihr 'Muslim-Sein' in den Schulalltag. Offensiv fordern sie beispielsweise Mitschüler zum Gebet auf; machen Mädchen an, weil sie einen zu kurzen Rock oder kein Kopftuch tragen. Es wird regelrecht Druck ausgeübt. Dahinter stecken verschiedene Organisationen: die türkische DITIB, Milli Görüs oder die Fetullah-Gülen-Bewegung...Alle drei sind keine Selbstorganisationen deutscher Migranten, sondern aus dem Ausland gesteuert.“* **Ates** moniert in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung mit diesen Organisatinen verhandelt, statt *“mit ihren (i.e. Migrant_innen-) Netzwerken in Deutschland“* zu diskutieren (Erziehung und Wissenschaft 04.10.2011).

Ein weiteres Ziel der iV ist ihre Einflussnahme auf die Lehrpläne bei der Einführung islamischen Religionsunterrichts z.B. in NRW. In dem zuständigen Beirat besitzt der KRM ein Monopol. Dadurch *“wird das Gremium, das inhaltlich über die Vermittlung des Islam in hunderten Schulen entscheidet, ausschließlich mit Vertretern eines konservativen Religionsverständnisses besetzt. Das spiegelt den Islam in Deutschland nicht wider“* (**Lamya Kaddor** in FR 14.9.2011).

Auch beim Aufbau von Studiengängen für den Islam haben die iV ihre Finger im Spiel. Der Beirat beim Zentrum für islamische Theologie in Münster wird vom KRM beherrscht. *Von liberalen Muslimen wird kritisiert, dass der KRM ein nicht repräsentativer Verband konservativer bis teilweise islamistischer Vereine sei“* (**Gero Ambrosius**, Religion und Universität, 2.1.13, Einfluss des Islam an der Uni Münster).

Harry Behr, muslimischer Lehrstuhlinhaber am **Interdisziplinären Zentrum für Islamische Religionslehre** (IZIR) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, klagt ebenfalls über den negativen Einfluss der iV. *“Wir haben es erfahren, wie es ist, wenn inkompetente Menschen die fachliche Meinung eines Hochschullehrers in Abrede stellen“* (FR 12. Oktober 2012). Genau dies tat **Ayman Mazyek**, Vorsitzender des im KRM vertretenen Zentralrats der Muslime, gegenüber dem ZIT-Leiter **Mouhanad Khorchide**. Dieser argumentiere *“nicht wie ein Vertreter einer bekenntnisorientierten Religion, sondern wie ein weltlicher Orientalist“* und er rede *“nicht wie ein Islamlehrer“*. **Mazyek** will in einem Gutachten **Khorchides** *“sogenannte Theologie genauer unter die Lupe nehmen“* (Die Welt 27.11.2013). Islamrat-Generalsekretär **Burhan Kesici** wurde wegen Zweifel an seiner Verfassungstreue nicht in den Beirat berufen. Zugleich aber sitzt Kesici (*„Der Islam hat feste Gesetze die keinesfalls verändert werden dürfen. Das würde auch dem Islam widersprechen... Der Islam sieht eine Einheit zwischen Staat und Religion vor. Sie sind voneinander nicht zu trennen“*, Seminararbeit 1996, FU Berlin: <http://www.enfal.de/staat.htm>) im Beirat für die Lehrpläne für den islamischen Religionsunterricht (ebda.).

Schon 2008 gelang unter der Führung von **Axel Ayyub Köhler**, bis 2009 amtierender Sprecher des Zentralrats der Muslime in Deutschland, die Enthebung von Prof. **Kalisch**, Lehrstuhlinhaber für islamische Religionspädagogik an der Uni Münster. Gründe waren die *“erhebliche Diskrepanz zwischen den Grundsätzen der islamischen Lehre und seinen veröffentlichten Positionen“* (islam.de vom 5.9.2008). Die Enthebung wurde vom Bayreuther Religionswissenschaftler **Christoph Bochinger** als *“Katastrophe“* bezeichnet. Der Schritt nähere den Verdacht unter Muslimen, dass an deutschen Universitäten ein Staats-Islam etabliert werden solle (vgl. islam.de vom 22.04.2010). Wie gering das Interesse an Integration ist, zeigt eine Studie über die Omar-Moschee in Berlin. Das dort herrschende Selbstverständnis gegenüber der Gesellschaft zielt *“auf die Abgrenzung von der Umwelt, mit der nur eine freundliche, aber distanzierte Beziehung möglich ist“* (**Ralph Ghadban**, Dozent an der "Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik" in pro: Christliches Medienmagazin v. 29.04.2008). Hierzu passt ein Beispiel aus der Praxis. Als *“islamistisch“* bezeichnet **Breuer** die Reaktion der IGMG auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, in dem eine muslimische Schülerin verpflichtet wird, am Schwimmunterricht – mit Burkini – teilzunehmen. Das Urteil sieht der Rechtsexperte **Mustafa Yeneroglu** der IGMG *“als weiteren Beleg für die anti-islamische Haltung der deutschen Gesellschaft und Justiz“* und wirft ihr vor, *“unabsehbare psychische Folgen, die die widerwillige Teilnahme am Schwimmunterricht in einem Burkini für das Mädchen haben könnte, billigend in Kauf zu nehmen. Allen, die die IGMG auf dem Weg der Reform und Liberalisierung wännen, sei die Lektüre dieser Presserklärung dringend empfohlen“* (Breuer, a.a.O.).

Massive Kritik an dem Projekt der DIK übt **Harmut Krauss**, der ihre Abschaffung fordert, weil sie *“nur zu einer Aufwertung und politischen Einflussverstärkung des orthodoxen Verbandsislams geführt und den Prozess der Etablierung reaktionärer islamischer Herrschaftskultur in Deutschland beschleunigt“* (**Harmut Krauss**, in ct 02.06.2013). Im gleichen Atemzug bricht Krauss allerdings ein Lanze für die ca. 13 Millionen nicht muslimischen Menschen mit Migrationshintergrund, *“die zum großen Teil besser integriert sind, eine erheblich geringere soziokulturelle Distanz zur säkular-demokratischen Werteordnung aufweisen als ein Großteil der Islamgläubigen und dafür obendrein mit weniger Aufmerksamkeit, Ignoranz und tendenzieller Missachtung “belohnt“ werden“*(ebda.). Die oben zitierte **Seyma Maray** (vgl. Baustein 7: Islamkritik) übt in ihrem programmatisch formulierten Aufsatz *„Unwillige Migranten - Nur die Minderheiten selbst agieren konsequent“* (Die Welt online 21.06.10) Kritik an der Strategie der Verbände, die sie für Schwierigkeiten bei der Integration von muslimischen Zuwander_innen verantwortlich macht. *“Unter dem Deckmantel der Integration wagen die Vertreter der größten Minderheit der deutschen Gesellschaft, die türkischstämmigen Muslime, den Angriff“* (ebda.). Maßgeblich beteiligt sind an diesem Prozess *“die Imame, (die) einen großen Anteil daran haben, den Integrationsunwillen zu verstärken...Nicht nur die alten Wertevorstellungen des Islam und die dazugehörigen Regeln, patriarchalisch und unbeweglich, werden von der Kanzel gepredigt, sondern auch individuelle Meinungen der jeweiligen Imame in ihren Gemeinden werden unkontrolliert an die Gläubigen weitergegeben. Da fast keiner der Muslime in der Lage ist, den arabischen Koran zu lesen und zu deuten, sind sie den Äußerungen ihrer Vorprediger ausgeliefert und nehmen selbst Hasspredigten als Worte eines gerechten Gottes an“* (diesl.). Des Weiteren führt sie eine von dem sog. *“Gutmenschentum“* gern geleugnete Studie an (Forschungsbericht Nr. 109 Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. - Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum - Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN; hg.v. **Pfeiffer** u.a.) an, *“dass besonders religiöse türkische Jugendliche gewaltbereiter sind als Christen“* (ebda.) und deutsche Behörden Anträge annehmen, *“die Moscheebauten, Legitimation von islamischen Vereinen sowie Islamkundeunterricht in deutschen Schulen einfordern, von der Freiheit des Kopftuchs ganz zu schweigen!“*(ebda.).

Neben Stimmen über die iV haben sich die Vertreter der iV selbst geäußert. Zum Verhältnis Islam und Grundgesetz und zu dessen muslimischer Akzeptanz antwortete der bis 2006 amtierende Generalsekretärs des Zentralrats der Muslime in Deutschland, **Nadem Elyas** in erstaunlicher Offenheit: *“Ja, solange wir in der Minderheit sind“* (**Heitmeyer** in taz v. 24.10.2001). Dies erleichtert den integrationswilligen Muslim_innen sicherlich nicht ihre politische Identifikation mit dem hiesigen Gesellschaftssystem. In unverblümter Ausdrucksweise bezeichnet **Elyas** Gewalttäter, die Moscheen angreifen als *“islamfeindliche Geschwüre“* (Interview mit Isabelle Wiedemeier in news.de v. 08.09.2009). Elyas' Nachfolger **Axel Ayyub Köhler** bezieht in ähnlicher Offenheit zum Verhältnis Demokratie und Scharia Position: In seinem Buch *“Islam-Leitbilder“* äußert er: *„Die Glaubensgrundsätze (des Islam) und das islamische Recht (Scharia) zeigen den quasi-totalen Anspruch der Religion auf Mensch und Gesellschaft...Das islamische Gesellschaftssystem wird damit aber keineswegs zu einer Demokratie. Diese Staatsform ist dem Islam fremd* (ebda. S.28 und 33).“ **Köhler**, Mitglied der DIK 2007, sichert Lehrerinnen, die ein KT tragen möchte und Schüler_innen, die sich vom Sport- und Schwimmunterricht abmelden wollen, seine Unterstützung zu. Er begründet dies mit dem *“besonderen Verhältnis zur Schamhaftigkeit“* der Muslime und dem *“Erziehungsrecht der Eltern“* (**Axel A. Köhler**, Die Zeit , 29.04.2007). **Köhler** war es auch, der vor einer *“strukturellen Assimilierung des Islam in Deutschland“* warnte (Diskussionspapier Rechtliche Gleichstellung des Islam in Deutschland - aber wie? 26.09.2006). Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), **Kenan Kolat**, zeigt gerade auch vor dem Hintergrund der hier seine Bewertung lenkenden NSU-Verbrechen einen eigentümlich verengten Blickwinkel mit der Forderung, *“bei Bränden in von Türken bewohnten Häusern zunächst grundsätzlich von einem rechtsradikalen Hintergrund auszugehen“* (SZ 04.04.2013). **Kolat** sucht offenbar die Deutschen pauschal als rechtsradikale Ausländerfeind_innen zu stigmatisieren, auch wenn sich für praktisch keinen Brand *„in von Türken bewohnten Häusern“* – auch nicht bei der Brandkatastrophe in Ludwigshafen vor einigen Jahren – Annahmen in dieser Richtung in den letzten Jahren bewahrheitet haben. **Aiman Mazyek**, seit 2010 Vorsitzender des ZMD, fordert sogar, *“Islamfeindschaft“* als Straftatbestand einzuführen und vergleicht sie mit dem Straftatsbestand Zwangsheirat. **Mazyek** warf **Khorchide** vor, er wolle in Münster die Mitsprache der muslimischen Verbände *“kappen“*. **Khorchide** stelle sich damit *“gegen die Verfassung“*. Mazyek kündigte ein KRM-Gutachten an, in dem man Khorchides *“sogenannte Theologie genauer unter die Lupe nehmen“* wolle (Die Welt, 27.1.2013). Vielleicht sollten sich die Herren von den Verbänden einmal mit **Hüseyin Kocak** unterhalten, der froh ist, in Deutschland seinen Glauben so leben zu können wie er es für richtig hält und wofür er hier die besten Bedingungen vorfindet. *“Wir Muslime genießen hier ein Maximum an Religionsfreiheit. Davon können die Christen in den islamischen Ländern nicht einmal träumen“* (**Hüseyin Kocak** in ct 07.02.2011).

Vor 5000 Teilnehmern verbreite **Ali Kizilkaya**, Vorsitzender des Islamrats, in einer Rede anlässlich einer Veranstaltung der *“Islamischen Gemeinschaft in Deutschland“* mit dem Thema *“Integration statt Ghetto?!“* ein entlarvendes Verständnis von Integration. Wenn schon Integration erfolgen soll, dann ist die Bedingung hierfür die Einführung religiös begründeter muslimischer Rituale. *“Wenn die Muslime integriert werden sollen“*, sollten sie auch alle Freiheiten bekommen: *“Sei es in Sachen Kopftuch, sei es in Sachen Schächten oder Religionsunterricht.“* Auf derselben Veranstaltung gab der *“erkonservative ägyptische Imam Omar Abdel Kafi“* die Losung aus: *“Unsere wichtigste Aufgabe ist, den Islam zu verbreiten. Wir müssen die ganze Welt besiedeln und zum Islam bekehren“* (Spiegel Nr. 40 v. 29.09.2003).

Baustein 10: Resümee und Konsequenzen für den AK

“Wir möchten in Deutschland nicht zwangsislamisiert werden (Ali E.Toprak, Grüner und ehem. Vors. Der Alevitischen Gemeinde in Deutschland, in: Die Welt 04.03.2011).“

Als säkulare Grüne sehen wir unsere auch integrative Aufgabe darin, dass man die Religion des Islam vom rechtlich-politischen Geltungsanspruch abtrennt. Es geht um die Privatisierung des Islam in Europa, um ihn mit der Religionsfreiheit westlicher Verfassungen kompatibel werden zu lassen. Die so genannten fünf Säulen des Islam: Glaubensbekenntnis, Gebet, Almosengeben, Fasten im Ramadan und Pilgerfahrt nach Mekka, sind ohne weiteres in die westliche Gesellschaft integrierbar. Das Problem liegt allein in der Verknüpfung des Ritus mit der Scharia.

Der AK setzt sich im Rahmen der Entprivilegierung der christlichen Kirchen für die Umwandlung in die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ein. Diese Rechtsform soll auch der Islam erhalten, der sich um die organisatorischen Voraussetzungen bemühen muss.

Zwischenzeitlich müssen wir darauf drängen, dass keine weiteren Staatsverträge zwischen den islamischen Verbänden und Regierungen, an denen die Grünen beteiligt sind, erfolgen.

Im Rahmen unserer Ziele soll konfessioneller Religionsunterricht durch einen Unterricht ersetzt werden, zu dessen Inhalten auch Informationen über monotheistische Religionen gehören.

Islamische Verbände müssen bei sämtlichen Verträgen die Scharia in ihren nicht-rituellen Teilen unwiderruflich verwerfen und eindeutig erklären, dass die Erklärung der Menschenrechte à la OIC für sie irrelevant ist und statt dessen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das GG gelten.

Das KT lässt sich weder aus dem Koran noch anderen Quellen der iR zwingend und verpflichtend ableiten. Es gibt zahlreiche Dokumente und Verlautbarungen moslemischer Provenienz, die das Tragen des Kopftuchs ablehnen. Das sollte unsere Grundlage beim Argumentieren sein.

Wir müssen ebenfalls entschieden den permanenten Ausnahmeregelungen, wie sie die orthodoxen Verbände fordern, entgegen treten. Sie werden religiös begründet und sind doch lediglich Ausfluss schariatischer Grundsätze. Erinnerung sei an Befreiungen vom Sport-, Biologie- und dem Schwimmunterricht, von Klassenfahrten; Beanspruchung eines Gebetsraums; Einführung von Feiertagen; Anwendung des Blasphemieparagrafen auf z.B. die Mohammed-Karikaturen; eine spezielle medizinische Versorgung in Kliniken und Arztpraxen; kein Schweinefleisch im Kantinenessen dort, wo Muslim_innen in der Mehrheit sind.

Um unsere Ziele in die Partei hineinzutragen bieten sich u.a. folgende Möglichkeiten an: Anträge in OVe bzw Kve, LDKen und BDKen; Veranstaltungen mit uns sympathisierenden Grünen und Fachleuten; Beiträge im WW, im Schrägstrich und den Parteizeitungen auf Landesebene; Resolutionen des AK an die Adresse der Bundesspitze bzw die MdB und die MdL sowie ggfls. an grüne Regierungen; Unterstützung und Zusammenarbeit mit nicht-verbandsgebundenen Muslim_innen, die in Deutschland eine neue Heimat gefunden haben und sich hier nicht mit selbsternannten Religionswächter herumschlagen möchten.

Im Geist der drei folgenden Aufforderungen müssen wir als Säkulare Grüne aktiv werden:

“Ein erheblicher Teil islamischer Identität besteht in der ideologischen Ablehnung von Integration. Allerdings mögen dem viele Muslime in Europa nicht mehr folgen. Wenn wir sie unterstützen wollen, kann Integration nur darin bestehen, dass man die Religion des Islam vom rechtlich-politischen Geltungsanspruch abtrennt. Es geht um die Privatisierung des Islam in Europa, um ihn mit der Religionsfreiheit westlicher Verfassungen kompatibel werden zu lassen. Die so genannten fünf Säulen des Islam...sind ohne weiteres in die westliche Gesellschaft integrierbar. Das Problem liegt allein in der Verknüpfung des Ritus mit der Scharia“ (Raddatz a.a.O.).

“Die europäischen Gesellschaften müssen bereit sein, Zuwanderern Heimat und Annahme zu geben, die Zuwanderer ihrerseits dazu, sich von einem politisierten Islamverständnis zu lösen und die hiesigen Gesetze nicht nur zu halten, sondern die europäischen Demokratien als gut und richtig zu bejahen“ (Christine Schirmacher, Islam in Europa als Herausforderung, Institut für Islamfragen 29.05.2008).

“Was auf der Langzeitagenda steht, ist die Europäisierung des Islam, nicht die Islamisierung Europas. Diese Forderung drückt keineswegs eine europäische Anmaßung aus. Sie ist Teil eines auftauchenden Weltprojekts, das von allen Kulturen, auch den religiösen, eine gemeinsame Metakultur, das heißt eine welttaugliche Zivilisierung, verlangt“ (Peter Sloterdijk, Focus Magazin Nr.10, 06.03.2006).

Nachbemerkung:

Einige werden vielleicht entrüstet bemerken, dass manches, was hier dargelegt wird, so ähnlich auch in rechtsradikalen oder -populistischen Papieren stehen könnte. Weswegen sich für Grüne ein solches Papier wie dieses hier eigentlich verbiete. Die Beobachtung trifft zu, so wie es auch zutrifft, dass die NPD gegen Atomkraft und für Volksabstimmungen ist. Ich antworte darauf mit zwei Zitaten. Das erste hat **Ernst Bloch** gerne benutzt, wenn die CDU in den 60er Jahren die SED angriff. Es stammt von einem unbekanntem Dichter aus den 1920er Jahren und lautet: „Manche haben nicht das Recht, Recht zu haben“. Das zweite Zitat ist jüngeren Datums, aber ähnlich, und ist eine Äußerung des früheren französischen Ministerpräsidenten, des Sozialisten und heutigen Außenministers der Frz. Republik, Laurent Fabius. Er sprach damals über die Zulässigkeit von bestimmten Forderungen des rechtsradikalen Front National; Fabius meinte hierzu lakonisch-souverän: “Monsieur Le Pen stellt die richtigen Fragen, aber er gibt die falschen Antworten“(In: **Alain Bihl**: "Le spectre de l'extrême droite: les Français dans le miroir du Front National", Paris 1998, pg. 204: Originalzitat: “Monsieur le Pen pose de vraies questions, mais propose de fausses solutions“).

Antrag

Der AK lehnt das Tragen des KT von Lehrerinnen und Schülerinnen in der Schule ab.

Begründung:

Zitate, Verantwortung und Schutz- und Unterstützungsfunktion für Muslim_innen...

weitere Argumente